

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 M., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 23. Mai 1896.

Inserate die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 M. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Zweiter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. — Aus Amerika. — Ein wahrer Kulturkampf. — Zugzug ist fernzuhalten. — Deutscher Metallarbeiterverband: Bekanntmachung des Vorstandes. Abrechnung der Hauptkasse pro April 1896. — Korrespondenzen. — Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter: Bekanntmachung des Vorstandes. Abrechnung der Hauptkasse für April 1896. Korrespondenzen.

Zur Beachtung.

Zugzug ist fernzuhalten: Von Schloßfern nach **Ashaffenburg** (Herzfabrik Kolofens) und **Neustadt** in Mecklenb.; von Fellenhauern (auch Maschinenhauern) nach **Berlin** (Mägdefrau), **Magdeburg-Duckau** (D. N. Schmidt) und **Mühlhausen** im Elsaß; von Formern nach **München** (Landes) und **Nürnberg**; von Klempnern und Schlossern nach **Dauken** (Smaltwerk von Blechschmied & Stelzer); von Klempnern nach **Leipzig**; von Bauhauern und Schmieden nach **Mannheim**; von Metallgießern nach **Berlin** (Berliner Messingwerke); von Roth- und Glockengießern nach **Nürnberg** (Abblein & Kraft); von Metallbrücker nach **Duedlinburg** (Gehr. Arndt); von Schmieden nach **Freiburg i. Br.**; von Silber- u. Aluminiumschlägern nach **Fürth** und **Schwabach**; Metallschlägern nach **Dresden** und **Großschönau**; von Zingießern nach **Nürnberg**.

Zweiter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Abgehalten zu Berlin vom 4. bis 8. Mai 1896.

Als Vorsitzender der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands eröffnet Legien-Hamburg den Kongress am Montag, den 4. Mai, Morgens 9³⁰ Uhr. Anwesend sind: 136 Delegirte aus allen Theilen Deutschlands, welche 56 Gewerkschaften mit 285 641 Mitgliedern vertreten. Ferner sind anwesend: 7 Mitglieder der Generalkommission: C. Legien, A. Demuth, C. Deisinger, Frau W. Köhler, A. v. Elm, G. Sabath, F. Schrader; Demuth und v. Elm zugleich als Vertreter ihrer Organisation, sämtlich aus Hamburg. Als Gast ist Genosse Hueber-Wien erschienen, der die österreichischen Gewerkschaften vertritt. Begrüßungsschreiben sind eingelaufen aus Amerika, England und Frankreich.

In seiner Begrüßungsrede hebt Legien hervor, daß der Kongress dahin wirken möge, daß das Wort zur Wahrheit werde: „Wenn die deutsche Arbeiterschaft 40 Vertreter in's Parlament sende, 50 000 politische und 1 Million gewerkschaftlich organisirte Arbeiter aufweisen könnte, dann werde der 8-Stundentag erreicht.“ Die Zahl der politisch organisirten Arbeiter, sowie die der Vertreter im Parlament sei erreicht, aber wo ist die Million der Gewerkschaftler? Die letzte Zeit hat gezeigt, daß wir etwas leisten können, daß Besserstellung errungen werden kann für die Lebenslage des arbeitenden Volkes. Es fehlt dem

deutschen Arbeiter am Selbstvertrauen auf seine Kraft, auf seine Machtstellung, nun möge der Kongress zur Hebung dieses Selbstvertrauens beitragen.

Hueber-Wien bringt dem Kongress die Brübergrüße der österreichischen Arbeiter und hebt im weiteren Verlaufe seiner Rede hervor, daß die österreichischen Arbeiter mit Spannung den Verhandlungen des Kongresses folgen. Man möge ganz besonders bedenken, daß, wenn der Kongress den Zusammenschluß der Zentralverbände Deutschlands aufhebe, die Rückwirkung auf die österreichischen Arbeiter nicht ausbleiben werde. Es würde solch' ein Beschluß eine Gefährdung der Zentralisirungs-Bestrebungen der österreichischen Arbeiter bedeuten.

Hierauf erfolgt die Konstituierung des Kongresses. Es werden als gleichberechtigte Vorsitzende Legien-Hamburg und Timm-Berlin gewählt, ferner die Genossen: Deisinger-Hamburg, Türk-Berlin, Fraas-Lübeck, Leipart-Stuttgart, Breder-Nürnberg, Ströhlinger-Berlin, Senker-Hainichen und Holm-Hamburg. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Thommas-Altona, daß zwar der Unterstützungsverein der deutschen Tabakarbeiter seine Beziehungen zu der Generalkommission gelöst habe, eine sehr große Zahl der Mitglieder aber mit diesem Vorgehen nicht einverstanden sei. Daher haben eine Anzahl Verwaltungsstellen ihn selbst und Repp-Ladenburg mit Mandaten zum Kongress betraut, und bittet er um Gültigkeitserklärung dieser Mandate. Die Angelegenheit wird der Mandatsprüfungskommission überwiesen.

Die Geschäftsordnung weicht nur in dem einem Punkte wesentlich von der auf Kongressen sonst üblichen ab, daß bei namentlichen Abstimmungen die Zahl der Mitglieder, die jeder Delegirte vertritt, für die Annahme oder Ablehnung der Anträge maßgebend ist, nicht aber die Zahl der stimmenden Delegirten. — Mittagspause. —

Nachmittags Sitzung. Nach einer Diskussion über die Frage, weshalb diejenigen Organisationen, welche ihre Beiträge an die Generalkommission nicht voll geleistet haben, zugelassen sind, folgt Gültigkeitserklärung sämtlicher Mandate. Damit sind also nicht nur die Mandate der Delegirten, deren Organisationen die Beiträge nicht voll entrichtet haben, für vollständig erklärt, sondern auch die der Tabakarbeiter-Delegirten. — Dem Verband der Fabrikarbeiter werden 5000 Mk. aus den Mitteln der G.-K. bewilligt.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Zum ersten Punkt: Rechenschaftsbericht der Generalkommission und Beratung der Anträge, welche auf den Fortbestand oder die Aufhebung der Generalkommission Bezug haben, nimmt Legien als Referent das Wort.

Der Rechenschaftsbericht liegt gedruckt vor. (Wir bringen am Schlusse des Berichtes einen Auszug davon. Red.) Der

Referent verweist auf denselben und beschränkt sich auf einzelne Ergänzungen, die im schriftlichen Bericht nicht enthalten sind, wohl aber in der Gewerkschafts- und politischen Presse eifrig diskutiert wurden. Die Leistungen der Generalkommission seien wesentlich beeinträchtigt dadurch, daß nur ein besoldeter Beamter angestellt werden konnte. Die Generalkommission habe sich gesagt, es müssen ihr erst die Sympathien aller Gewerkschaften, aller organisirten Arbeiter entgegengebracht werden, ehe die Arbeiten derart auszubehnen seien, daß mehr als ein Beamter anzustellen sei. Darüber soll der Kongress direkt und indirekt entscheiden. So lange solche Anstrengungen vorkommen, solches Unverständnis für deren Arbeit sich zeigt, wie in den letzten Jahren, so lange kann kein größerer Apparat gebildet werden. — Die Agitation in den östlichen Provinzen habe große Schwierigkeiten gemacht. Das, was dort geschaffen, genüge freilich noch nicht, aber es sei trotzdem viel erreicht, und das ist einzig der Generalkommission zu verdanken. Wesentlich mußte die Arbeit so geregelt werden, daß an einzelnen Orten Agitatoren angestellt wurden, die mit den Verhältnissen der Provinz bekannt, besser als nur vorübergehend anwesende Agitatoren. Die Nahrungsmittelbranchen-Agitation habe ganz gewaltige Arbeit gemacht.

Es sei geradezu erstaunlich, wie wenig Verstand solchen Sachen entgegen gebracht werde, es gehört Lust und Liebe dazu, um solcher Animosität gegenüber noch in der Gen.-Kom. weiter zu arbeiten. Obwohl der Erfolg auf der Hand liege, werde nicht nur die Arbeit unterschätzt, sondern sogar für überflüssig erklärt. Allerdings stehe ebenso sicher die andere Thatsache fest, daß die Vorstände der Organisationen die Generalkommission angreifen, die Mitglieder dagegen deren Thätigkeit und den Erfolg pfeifen und anerkennen. In Bezug auf die Statistik konnte die Gen.-Kom. nicht mehr leisten, aber die Zentral-Vorstände konnten durch bessere und präzisere Arbeit besseres Material liefern. Es habe viel an guten Willen der Vorstände gelegen, daß nicht mehr geleistet wurde. — Das „Korrespondenzblatt“ sei zwar ein kleines, aber doch recht nützliches Organ, das beweise der überaus häufige Abdruck der Artikel des Korrespondenzblattes. Die Stellung der Generalkommission zum Parteivorstand sei eine derartige, daß beide nichts miteinander zu thun haben. Was er (Legien) persönlich mit dem Genossen Auer vor habe, gehe die Gen.-Kom. nichts an. Das Verhältnis der beiden Körperschaften sei wesentlich durch die „dunklen Pläne“ der Gen.-Kom. in die öffentliche Diskussion gezerzt worden. Die Gen.-Kom. war der Meinung, und ist es auch heute noch, daß es sehr wohl und zwar im höchsten Maße im Interesse der Gewerkschaften liege, über das Vereinsrecht, über die Sozialgesetzgebung u. s. w. sich gründlich auszusprechen. Die Gen.-Kom. hat sich

der Zustimmung der Zentralvorstände versichert und sei von vornherein der Meinung gewesen, daß nur bei Zustimmung aller Gewerkschaften ein Kongress einzuberufen sei, der sich mit diesen Fragen zu befassen habe. Für den Kongress sollten die Delegationen in öffentlichen Versammlungen gewählt werden, um die Gefahr der Auflösung von Gewerkschaften abzuwenden. Auch heute noch sei er (Legien) der Meinung, daß eine irgendwie erhebliche Gefahr dieser Art nicht vorhanden war. Bei dieser Sachlage sei es geradezu unerhört, daß der „Handschuhmacher“ seine Artikel mit dem Anruf „Dunkle Pläne“ in die Öffentlichkeit schleuderte. Die Stellungnahme des „Vorwärts“ sei dann ebenso bedenklich gewesen. Wollte der Parteivorstand wissen, „was vorgeht“, so genüge eine persönliche Anfrage oder eine einfache Postkarte, man hätte von einer „Spaltung“ absolut nicht reden brauchen. Noch weniger könne von einem Geheimniß die Rede sein, denn 130 Personen, die sämtlich hervorragende Stellungen in der Bewegung einnehmen, wußten davon. Redner bespricht sodann die auf die Abänderung der Konstitution der Gen.-Kom. gerichteten Anträge und warnt vor gänzlicher Beseitigung der Institution, da dadurch die Dezentralisation proklamirt würde.

Durch Kongressbeschluß wird Schlicke-Stuttgart zum Korreferenten ernannt.

Schlicke meint, ein Korreferat zu dem Bericht Legien's könne er nicht geben, er könne höchstens hier den Antrag des Metallarbeiter-Verbandes auf Aufhebung der Generalkommission etwas ausführlicher begründen. Redner führt aus:

Nicht Animosität gegen die Mitglieder der Generalkommission hat uns zu unserem Antrag veranlaßt, sondern die Thatsache, daß die Generalkommission zu wenig Unterstützung bei den Gewerkschaften gefunden hat. Die Gewerkschaften haben mit dem inneren Ausbau noch sehr viel zu thun, und ich glaube, es ist besser, erst nach Vollendung dieses Ausbaues ein so kostspieliges Institut wie die Generalkommission zu errichten. Die Verbindung zwischen den einzelnen Organisationen kann auch auf andere Weise unterhalten werden. Legien hat sich auf die Zahlstelle unseres Verbandes in Danzig berufen, die den Fortbestand der Generalkommission fordert. Ich kann ihm die Zahlstelle Königsberg entgegenhalten, die sich gegen den Fortbestand erklärt hat. Die Anforderungen der Generalkommission an die Gewerkschaften sind zu hoch, als daß die Organisationen sie alle erfüllen könnten. Ein Hundstott gibt mehr als er hat. Der Metallarbeiterverband war nicht dazu in der Lage und Legien hat das selbst anerkannt. Ich bestreite nicht, daß die Generalkommission viel zur Anknüpfung der internationalen Beziehungen gethan hat. Aber die einzelnen Gewerkschaften haben ja selbst internationale Beziehungen angeknüpft. Ich erinnere an den internationalen Bergarbeitertag und den internationalen

Handschuhmacherkongress. Auch hier recht fertigt sich nicht der kostspielige Verwaltungsschapparat der Generalkommission. Die sogenannten dunklen Pläne der Generalkommission waren in der That sehr bedenklich und forderten die Kritik heraus. Sie hat die Bedenklichkeit ihres Vorgehens wohl auch eingeschaut. Ich kann die Enttäuschung in den einzelnen Gewerkschaften sehr wohl begreifen. In der Generalkommission glaubt man jetzt das Gegengewicht gegen den Parteivorstand zu besitzen, dem die Gewerkschaftsbewegung ein Dorn im Auge sein soll. Ich meine, sollte das wirklich beim Parteivorstand der Fall sein, so werden die Gewerkschaften selbst stark genug sein, alle solchen Angriffe abzulehnen. Mir wurde einmal der Einwand gemacht: Hat die Generalkommission uns auch noch nichts genützt, so hat sie uns doch auch nichts geschadet. Ich weise noch einmal auf die materiellen Opfer hin, die die Generalkommission fordert. Die Gewerkschaften brauchen ihr Geld, um ihren Mitgliedern materielle Vorteile von Dauer zu bieten. Mit kleinen vorübergehenden Aufbesserungen bei günstiger Konjunktur ist den Arbeitern nicht gedient. Jede Gewerkschaft soll vor allem die eigene Organisation stärken, dann wird auch die Agitation leichter sein. Statistiken haben bei dem jetzigen Stande der Bewegung nur einen zweifelhaften Werth. Die Selbstkräftigung kann ohne Generalkommission erfolgen. Das Interesse an der Generalkommission ist, wie der Bericht ausweist, bei den einzelnen Gewerkschaften nicht sehr groß. Der Zeitpunkt für den Kongress ist angehtlich der zahlreichen jetzt schwebenden Lohnkämpfe schlecht gewählt, doch soll der Generalkommission kein Vorwurf daraus gemacht werden. Ich bin durchaus nicht der Ansicht, daß die Aufhebung der Generalkommission die Dezentralisation bedeutet. Im Gegentheil, es könnten sich noch viele kleinere Organisationen den größeren anschließen und mehr erreichen. Aber gerade hierin hat die Generalkommission so gut wie gar nichts geleistet. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Berufen sind nicht so groß, der Kampfsgeist muß nur nicht künstlich geiztet werden. Es wäre Pflicht der Generalkommission, hier helfend einzugreifen. Sie hat das aber nicht gethan und so sehe ich nicht ein, weshalb wir eine Institution unterstützen sollen, die diesem Kampfsgeist eher Vorwub leistet, als ihm Abbruch zu thun bestrebt ist. Ich bitte Sie deshalb, unsern Antrag auf Aufhebung der Generalkommission ernster Erwägung unterziehen zu wollen.

Zweiter Tag.

Der Kongress tritt in die Diskussion über den Bericht der General-Kommission und die dazu gestellten Anträge ein. Diese Diskussion nimmt den ganzen Tag in Anspruch. Es kann hier nur das Wesentliche hervorgehoben werden. Es fand sich nicht ein Redner, der für gänzliche Aufhebung des Zusammenschlusses der Gewerkschaften durch eine der Generalkommission ähnliche Institution eintrat. Im Gegensatz dazu fand sich aber auch nicht ein Redner, der nicht entweder an der Konstitution, den Machibefugnissen oder der Arbeitsleistung etwas auszusagen hatte. Die Vertreter der einzelnen Organisationen, die ihre Beiträge nicht voll geleistet hatten, geben die Gründe dafür an. In den meisten Fällen Mangel an Geld, bei den Handschuhmachern und Tabakarbeitern aber die „dunklen Pläne“. Es wurden von einzelnen Rednern gleichzeitig auch Vorschläge zur Abänderung des bestehenden Zustandes gemacht. So schlägt Koppens der Metallarbeiter Breders-Mürnberg vor: die Generalkommission aus drei Mitgliedern bestehen zu lassen, den Sitz nach einer Stadt Mittel-Deutschlands zu verlegen, einen Ausschuss von fünf Mitgliedern zur

Kontrolle einzusetzen, und die Regelung der Befolgungsfrage dem Ausschuss zu überlassen. Als Aufgaben weist der Antrag Breders der General-Kommission zu: Durch Befestigung der Lokalorganisationen und der sonstigen Sonderstrebungen, welche der vom Halberstädter Kongress empfohlenen besten Form der Gewerkschaften, also der der Industrieverbände, hinderlich sind, für deren Ausbreitung zu sorgen; die Bekanntmachungen in dem „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker zu erlassen, insbesondere wöchentlich eine Liste der im Streik befindlichen Gewerkschaften aufzustellen, und überdies die vom Halberstädter Kongress gestellten Aufgaben.

Faber-Berlin beantragt, eine Generalkommission von drei Mitgliedern zu wählen, die sich selbst durch Hinzuziehung von einer in ihrem Belieben stehenden Zahl von Gewerkschaftsvertretern ergänzen kann. Die Aufgabe derselben sei neben den bereits in Halberstadt vorgeschriebenen: 1) Die Einteilung des ganzen Reiches in Agitationsbezirke und die Beauftragung einzelner oder mehrerer Personen mit der Agitation in je einem Bezirk. 2) Geldsammmlung zu Streikzwecken. 3) Lohn- und Arbeitslosenstatistik. 4) Das „Korrespondenzblatt“ in vergrößerten Maße erscheinen zu lassen. 5) Den Beitrag der Gewerkschaften auf 10 Pfg. pro Mitglied und Quartal festzusetzen.

Türk-Berlin beantragt: Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands besteht aus drei ständigen Mitgliedern und soviel Beisitzern, als am Sitz der Generalkommission existierende Gewerkschaften Beiträge an jene leisten. Jede dieser Gewerkschaften ist berechtigt, ein am Sitz der Generalkommission wohnhaftes Mitglied als Vertreter zu ernennen. — Der Gewerkschaftskongress ernennet die ständigen Mitglieder und bestimmet die Dauer ihrer Amtirung, die etwaige Bezahlung und die Höhe der Gewerkschaftsbeiträge. — Jede einzelne Gewerkschaft bestimmet ihren Vertreter und dessen Amtsdauer.

Diese Anträge und die bereits früher veröffentlichten werden schließlich einer Redaktions-Kommission von sieben Mitgliedern überwiesen, nachdem der Kongress sich im Prinzip damit einverstanden erklärt hat, daß eine Institution zum Zusammenschluß der Gewerkschaften bestehen bleiben soll.

Die Abstimmung über diese Prinzipienfrage ist eine namentliche. Dafür stimmen 152 Delegirte, welche 277,427 gewerkschaftliche organisirte Arbeiter vertreten, dagegen 4 Delegirte, die 8,215 Arbeiter vertreten.

Dritter Tag. Vormittag.

Tagesordnung: Gründung eines Streikfonds. Referent v. Elm begründet denselben in 1 1/2 stündiger Rede. Als Vortheile derselben führt er an: Die gefüllte Kriegskasse als Mittel, Respekt zu erwecken, die Vermeidung der „wilden“ Streiks, die wahre Solidaritätsbethätigung, die Beispiele aus den Ereignissen der letzten Zeit, besonders den Konfektionsarbeiter-Streik. Die vorherige Verständigung mit der Generalkommission bei Angriffs-Streiks und die erfolgreiche Einführung dieses Systems bei den schweizerischen Gewerkschaften, das Alles weist auf die Nothwendigkeit und Durchführbarkeit des Antrages der Generalkommission hin.

Die Diskussion zieht sich bis an die Nachmittagsitzung hin. Die Redner verkennen den Nutzen der geplanten Einrichtung durchaus nicht, nur zeigt es sich an deren Ausführungen, daß der Antrag für verfrüht gehalten wird. Es gehört zunächst größere Einigkeit aller Gewerkschaftler dazu, es müssen alle abseits stehenden herangezogen und die Organisationen in sich gekräftigt werden.

In seinem Schlußwort kommt v. Elm-Hamburg noch auf die Kritiken des

Vorschlages der Generalkommission in der Gewerkschafts-Presse zu sprechen und versteigt sich so weit, die Auslassungen im „Grundstein“ als „demagogisch“ zu bezeichnen. (Wird vom Vorsitzenden gerügt.) Daß der Vorschlag der Generalkommission die Mehrheit auf dem Kongress nicht finden werde, sei vorauszu sehen gewesen, doch werde der Antrag stets wiederkehren.

Die Abstimmung über den § 1 ist eine namentliche. § 1 des Generalkommissions-Entwurfs wird mit 107 gegen 18 Stimmen abgelehnt (13 Delegirte fehlen). Damit ist der ganze Vorschlag gefallen.

Angenommen wird ein Antrag des Fabrikarbeiter-Verbandes: Bei Streiks sind sämtliche Sammelstellen von dem am Streikorte bestehenden Gewerkschaftskartell zu stempeln. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Sodann erstattet die Redaktions-Kommission Bericht. Es ist ein Entwurf ausgearbeitet worden für die Konstitution und die Aufgaben der Institution zum Zusammenschluß der Gewerkschaften. Danach soll ein „Gewerkschaftsausschuss“ gebildet werden aus fünf Mitgliedern. Alle an dem Zusammenschluß beteiligten Gewerkschaften, welche am Sitz des Ausschusses Verwaltungsstellen haben, sollen je einen Vertreter ernennen zur Unterstützung des Ausschusses. Mindestens vierteljährlich einmal hat der Ausschuss mit den ernannten Vertretern gemeinschaftliche Sitzung abzuhalten. Geschäftsordnung, Befolgung und Remuneration, sowie Vertheilung der Aemter sind in der ersten dieser Sitzungen zu regeln.

Die Aufgaben des Ausschusses setzt den Vorschlag aus den vorstehenden Anträgen Breders und Faber zusammen. — Auch über diesen Vorschlag wird lebhaft diskutiert und Absagweise abgestimmt. Bis zum Schluß der Sitzung wird noch die Bezeichnung: „Gewerkschaftsausschuss“ abgelehnt und beschloffen, den Namen „General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands“ beizubehalten. Die Bestimmung des Vorschlages in Bezug auf die Vertretung der Gewerkschaften wird angenommen.

Viertler Tag.

Die Berathung des Antrages der Redaktionskommission wird fortgesetzt, in einer Diskussion über jeden einzelnen Punkt mit gesonderter Abstimmung. Nach den Beschlüssen hat der Antrag nunmehr folgenden Wortlaut erhalten:

„Der Gewerkschaftskongress wählt einen aus fünf Mitgliedern bestehenden Gewerkschaftsausschuss, welcher den Namen „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ erhält. Zur Unterstützung desselben werden von den Centralvorständen der Gewerkschaften, die regelmäßig Beiträge an den Ausschuss zahlen, und den dazu berechtigten Lokal-Organisationen je ein Vertreter ernannt. Die Beziehung dieser Vertreter zu den Berathungen des Ausschusses hat nach Bedarf, mindestens aber allvierteljährlich einmal zu erfolgen.“

Am Anfang einer Geschäftsperiode des Ausschusses sind in einer gemeinsamen Sitzung eine Geschäftsordnung für den Ausschuss, die Vertheilung der Aemter und eventuelle Befolgungen und Remunerationen festzusetzen.

Die Ausgaben des Gewerkschaftsausschusses sind:

1. Die gewerkschaftliche Agitation namentlich in denjenigen Gegenden, Industrien und Berufen, deren Arbeiter nicht oder nicht genügend organist sind, zu fördern und den Zusammenschluß der kleinen Verbände und Lokal-Organisationen zu Industrie-Verbänden anzustreben.

2. Die von den Gewerkschaften aufgenommenen Statistiken, soweit sie allgemeines Interesse haben, zusammenzustellen und solche über Stärke, Leistungen und Entwicklung der Gewerkschaften,

sowie solche über sämtliche Streiks selbständig aufzunehmen.

3. Ein Blatt herauszugeben und den Vorständen der Zentralvereine in genügender Zahl zur Verfertigung an deren Zahlstellen sowie den Gewerkschafts-Kartellen und Agitations-Kommissionen zuzufenden, welches die Verbindung sämtlicher Gewerkschaften mit zu unterhalten, die nöthigen Bekanntmachungen zu veröffentlichen und, soweit geboten, deren rechtzeitige Bekanntmachung in der Tagespresse herbeizuführen hat. Kurze Publikationen sind der Arbeiter-Presse zur Veröffentlichung direkt zuzufenden.

4. Pflege der internationalen Beziehungen zu den Gewerkschaften anderer Länder.

5. Die allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Kongresse einzuberufen und die hierzu nöthigen Vorarbeiten zu erledigen.

Diese Kongresse sind nach Bedürfnis, mindestens jedoch alle drei Jahre einzuberufen. Auf Antrag der Hälfte der bei der General-Kommission beteiligten Gewerkschaften ist die General-Kommission verpflichtet einen Kongress einzuberufen.

Zur Theilnahme an diesen Kongressen sind sämtliche Central-Organisationen und solche Lokal-Organisationen berechtigt, welche verhindert sind, sich central zu organisiren. In Zweifelsfällen entscheidet der Gesamt-Ausschuss. Ausgeschlossen von der Theilnahme an den Kongressen sind alle Gewerkschaften, welche ohne genügende Entschuldigung mit drei Quartalsbeiträgen im Rückstande sind.

Die Gewerkschaften sind berechtigt, für je 3000 Mitglieder einen Delegirten zu wählen. Die Zahl der Delegirten einer Gewerkschaft darf sechs nicht überschreiten. Kleinere Gewerkschaften wählen einen Delegirten. Wichtige Anträge entscheidet die Zahl der durch die Delegirten vertretenen Mitglieder. Die General-Kommission kann zu denjenigen Berufs-Kongressen, wo es nöthig erscheint, einen Vertreter entsenden.

Jede Gewerkschaft hat vierteljährlich an den Gewerkschafts-Ausschuss einen Beitrag von 3 J pro Kopf ihrer Mitglieder zu zahlen.“

Bezüglich der Höhe der Beiträge, welche die Gewerkschaften an die Generalkommission zu leisten haben, lagen Anträge auf 5, 2 und 2 1/2 J vor. Es wird über 5 J namentlich abgestimmt. Dafür stimmen: 65 Delegirte, die 113 548 organisirte Arbeiter vertreten, dagegen 58 Delegirte mit 145 880 organistren Arbeitern, gefehlt haben bei der Abstimmung 16 Delegirte, die 26 213 organisterte Arbeiter vertreten. Da die Zahl der von den Delegirten vertretenen Arbeiter entscheidet, ist der Antrag auf 5 J Beitrag abgelehnt.

Es folgt zunächst die Wahl des Sitzes der Generalkommission. Gewählt wird Hamburg. Zu Mitgliedern der Generalkommission werden gewählt: Regien mit 97, Bringmann mit 84, Frau Kähler mit 70, Röske mit 69, Sabath mit 57 Stimmen. Für den Fall, daß ein Mitglied ausscheidet, sind Ersatzpersonen gewählt und zwar Thomas, Häberle und Hoffmeier.

Während das Wahleresultat festgestellt ist, wird über den Wortlaut des Antrages der Redaktionskommission, wie er oben abgedruckt ist, im Ganzen abgestimmt. Bei der vorher erfolgten Abstimmung über die einzelnen Punkte hatten sich stets wechselnde Majoritäten gebildet. Einzelne Theile wurden gegen die Stimmen der großen Organisationen angenommen, andere Theile gegen die Stimmen der kleinen Organisationen. Bei der Gesamt-Abstimmung fand der ganze Entwurf daher leicht begreiflicher Weise keine sehr große Majorität.

Es stimmten für den Entwurf 86 Delegirte mit 152 763 Stimmen, dagegen 43 Delegirte mit 99 738 St.,

gefehlt haben 10 Delegirte mit 18641 Stimmen.

Namens der Metallarbeiter und Holzarbeiter erklärt Breder-Mürnberg, daß beide Organisationen geschlossen gegen den Gesamtentwurf gestimmt haben, weil der Passus in demselben, nach welchem auch die größten Organisationen nur höchstens 6 Delegirte entsenden dürfen, eine Vergewaltigung dieser Organisationen darstelle.

Regien gibt seiner Meinung als Vorsitzender dahin Ausdruck, daß der Kongreß einfach von jener Erklärung Notiz nehmen möge.

Abste-Hamburg erklärt die Niederlegung seines Mandates wegen der Abstimmung, und fragt Regien, ob er, als Angehöriger derselben Organisation, dieselben Konsequenzen ziehe.

Regien erklärt, sich den Beschlüssen eines „Nebenkongresses“ nicht fügen zu wollen, bemerkt aber, daß er ebenfalls sein Mandat niedergelegt hätte, wenn Abste ihn nicht deswegen gefragt haben würde. — Wenn die beiden Organisationen auf ihrem Standpunkt verharrten, dann verzichteten wir auf eine Einigung, können wir uns aber nicht einigen, nun gut, dann mag die Gewerkschaftsbewegung zu Grunde gehen.

Nach langer erregter Debatte beantragt Massini-Berlin, den Passus: „Die Zahl der Delegirten einer Gewerkschaft darf 6 nicht überschreiten“, zu streichen.

Von den Vertretern der Branchenorganisationen wird durch Bringmann nunmehr der Antrag gestellt, in dem mit 1. (vergl. oben) bezeichneten Absätze: „Aufgaben der General-Kommission“ die Worte zu streichen: „und den Zusammenschluß der kleinen Verbände und Lokalorganisationen zu Industrie-Verbänden anzustreben.“

Abermals erfolgte eine lange erregte Debatte, in der besonders drastisch die Erklärungen mehrerer Vertreter kleiner Organisationen sich abhoben, die in dem Satz gipfelten: „Nachdem wir gesehen haben, was die großen Organisationen wollen (den Zusammenschluß der kleinen zu Industrie-Verbänden. D. R.) haben wir sie beschuldet in ihren Rechten.“ Die endgültige Abstimmung ergibt, daß die Streichung des Passus unter 1. (Antrag Bringmann) abgelehnt, die Streichung der Worte „Die Zahl der Delegirten einer Gewerkschaft darf 6 nicht überschreiten“ aber angenommen wird.

Nunmehr erklären die Holz- und Metallarbeiter ihre Abstimmung dahin abzuändern, daß sie für den ganzen Entwurf stimmen. Die Abstimmung für den ganzen Entwurf stellt sich nunmehr wie folgt:

113 Delegirte sind für den Entwurf mit 216 053 Stimmen, 16 Delegirte sind gegen den Entwurf mit 37 448 Stimmen. (Lebhafter Beifall.)

v. Elm erklärt, deswegen kein Mandat zur General-Kommission angenommen zu haben, weil der Apparat zu groß und schwerfällig konstruiert sei, also die Arbeit nicht leisten können, die er, v. Elm, zu leisten fordern müsse.

Fünfter Tag. Tagesordnung: Arbeitslosenunterstützung, Agitation unter den Industriearbeiterinnen und die bisher nicht erledigten Anträge. Als Referent befürwortet Gichler-Leipzig die allgemeine Einführung der Arbeitslosenunterstützung, als Korreferent bekämpft Fricke-Dresden dieselbe. Das Für

und Wider ist in diesen Blättern so oft besprochen, daß wir uns auf die Übergabe der angenommenen Resolution beschränken können:

„In der Erwägung, daß die Arbeitslosen-Unterstützung — abgesehen von deren humanitärem Charakter — die Stabilität des Mitgliederstandes in den einzelnen Organisationen in hohem Maße garantiert und in der weiteren Erwägung, daß durch diese Unterstützung auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessernd eingewirkt werden kann, indem das Angebot der arbeitslosen Hände unter den jeweilig geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen wenn auch nicht vollständig beseitigt, so doch ganz bedeutend vermindert wird, erkennt der zweite deutsche Gewerkschaftskongreß in diesem Unterstützungszweige einen bedeutenden, ja notwendigen Förderer der gewerkschaftlichen Organisationen.“

Die Resolution Gichler wird, nachdem statt des zweiten Absatzes folgender Passus gefügt ist: Der Kongreß empfiehlt deshalb den deutschen Gewerkschaften überall da die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung, wo sich einer solchen nicht unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen“, mit großer Mehrheit angenommen.

Ferner wird eine Resolution Dupont-Heine angenommen, in der der Kongreß erklärt: „Daß mit der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung den Gewerkschaften keineswegs der Klassencharakter genommen werde.“

Nach einem kurzen Referat der Gewossin Pähler-Hamburg wird die folgende auf die Agitation unter den Arbeiterinnen Bezug habende Resolution einstimmig angenommen:

„Auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens mehr sich manföhrlich die Verwendung der weiblichen Arbeitskraft. Diese Erscheinung ist eine Folge der Thatfache, daß die Arbeiterinnen durchgängig billiger arbeiten als die Arbeiter und der kapitalistischen Ausbeutung gar keinen Widerstand entgegensetzen.“

Es ist daher für die Arbeiterklasse ein unabweisbares Gebot der Selbsterhaltung, ein Gebot der Humanität, eine Aenderung dieses schmachvollen Zustandes energisch anzustreben.

Demgemäß verpflichtet der Kongreß die General-Kommission, auch in Zukunft die Agitation unter den Arbeiterinnen in jeder Weise zu fördern.

Außerdem verpflichten sich die anwesenden Delegirten, für den Anschluß der Arbeiterinnen an die bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen Sorge zu tragen, um dadurch die Arbeiterinnen zu thatkräftigen Mitkämpferinnen für die wirtschaftliche und geistige Hebung der Arbeiterklasse zu erziehen.“

Der Antrag Türk-Berlin, die General-Kommission zu verpflichten, im Monat Juli eine Agitationstour in den großen Städten Deutschlands zu veranstalten, um für den 8 Uhr-Ladenschluß Propaganda zu machen, wird der General-Kommission „zur Berücksichtigung“ überwiesen.

Hierauf wird „Die Arbeitsvermittlung als gewerkschaftliche und kommunale Angelegenheit“ auf die Tagesordnung gesetzt. Eine Resolution, die in dem Satz ausklingt:

„Der zweite Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands warnt die Arbeiter aller Orte vor jeglichem Experiment auf einer anderen Grundlage als der alleinigen Leitung von Arbeitsnachweisen durch die Organisationen der Arbeiter. Der Arbeitsnachweis muß den Gewerkschaften gehören.“

Ebenso eine Resolution nach einem Referat Timm's über die Hausindustrie und das Schwigsystem, welche, unter Hinweis auf die fortwährend steigende Ausdehnung der Haus-

industrie und des Schwigsystems für fast alle Zweige der Industrie, erklärt, daß vom Staate keine Hilfe zu erwarten sei, die Arbeiter daher mit aller Kraft auf die Einführung von dem Fabrikinspektorat unterstellten Betriebswerkstätten hinwirken müßten.

Ueber den letzten Punkt: „Verschiedene Anträge“ wird beschlossen:

1) Die Generalkommission zu beauftragen, mit den Gläubigern in Verbindung zu treten, sie mögen auf die gegebenen Darlehen im Interesse der Gewerkschaftsbewegung verzichten.

2) Dem Verband der Müller 1000 M zu bewilligen.

3) Den Gewerkschaften zu empfehlen, ihre Beiträge möglichst zu erhöhen.

4) Eine Reihe von Anträgen, welche der Generalkommission verstärkte Agitation bei den Müllern, Bauhandwerkern und Ziegeleiarbeitern anferlegen, derselben „zur Berücksichtigung“ zu überweisen. Mit dem Hinweis Regiens, daß nach den oft erregten Debatten doch eine Einigung und zwar mit überwältigender Majorität erzielt, und nach Ermunterung zu fernerer Arbeit und kräftiger Agitation, schließt derselbe den Kongreß mit einem dreifachen Hoch auf die Arbeiterbewegung in den Gewerkschaften, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten.

Aus dem Bericht der Generalkommission über ihre Thätigkeit in der Zeit vom 1. Januar 1895 bis 31. März 1896 theilen wir das Folgende mit:

Am 31. Dezember 1894 schloß die Generalkommission ihre Rechnung mit einem Kassenbestand von 18 456,41 M ab, während der Kassenbestand am 31. März 1896 mit 35 720,44 M angesetzt ist. Die Rechnung für die Zeit vom 1. März 1892 bis 31. März 1896 balanziert mit 128 139,16 M. An Einnahmen werden verzeichnet: Kassenvortrag 8739,38 M, Quartalsbeiträge 94 629,33. Von Vereinen u. Privaten 1086,96. An Broschüren: a) Organisationsfrage 712,78. b) Protokolle 1024,91. c) Anleitungen zum Vereins- und Versammlungsrecht 1530,03. d) Rechenschaftsberichte 121,—. An Mitarbeiterresten 258,50. Zur Deckung des Defizits 9187,27. Abonnement für „Correspondenzblatt“ 167,27. Zinsen 655,40. Zurückgezahlte Darlehen 7220. Diverse Einnahmen 2806,33.

An Ausgaben stehen in Rechnung: Für Agitation 30 375,36, für Anwaltsgebühren 75,25, für Drucksachen: a) Correspondenzblatt 9735,75, b) Flugblätter 4165,78, c) Protokolle 1960, d) Anleitungen zum Vereins- und Versammlungsrecht 1688, e) Rechenschaftsberichte 787, f) Diverse 1389,70; im Ganzen 19 726,23 M. Porto: a) Correspondenzblatt 3478,82. b) Broschüren und Flugblätter 992,32. c) Briefe zc. 670,09; im Ganzen 5141,23. Gehalt des Vorsitzenden 7630. Vertretung des Vorsitzenden 688. Versendung des Correspondenzblatt (Expedition) 700. Verwaltungskosten 1900,03. Kongreß-Delegationen 2879,20. Bücher u. Schreibmaterial 304,30. Zurückgezahlte Darlehen 17 730. Kongreßkosten (Halberstadt 771,05. Sitzungen der Kommission 835,10. Zurückgezahlte Beiträge 5,10. Diverse Ausgaben (Uebersetzungen, Expedition von Flugblättern zc.) 3344,52. Unkosten des Kassiers Dammann 313,35. Kassenvortrag 35 720,44.

Blos 14 Organisationen haben die Quartalsbeiträge an die Generalkommission bis zum Abschluß der Abrechnung voll bezahlt: Bildhauer, Buchbinder, Fabrik- und gewerbliche Hilfsarbeiter, Glasarbeiter, Holzarbeiter (Verband), Korbmacher, Kupferschmiede, Kürschner, Maler, Metallarbeiter, Plätterinnen, Schiffszimmerer, Bergolber u. Zimmerer. Die Thätigkeit der Generalkommission

auf statistischem Gebiete beschränkte sich auch in den letzten Fünfteljahre auf die Zusammenstellung der von den Gewerkschaften eingelieferten Daten über die Stärke und Leistungsfähigkeit der Organisationen und der Streiks.

In der Erscheinungsweise und den Bezugsbedingungen des „Correspondenzblattes“ ist im letzten Jahre eine Aenderung nicht eingetreten. Die Auflage beträgt auch gegenwärtig 5300.

Der schriftliche Verkehr mit der „Gewerkschaftskommission Oesterreichs“ und dem Bundeskomitee des „Schweizerischen Gewerkschaftsbundes“ war auch im letzten Jahre ein ziemlich reger. Durch den Besuch, welchen der jetzige Vorsitzende der „American Federation of Labour“ von Amerika der Generalkommission nach dem Stattfinden des englischen Trades Union-Kongresses machte, war es möglich, auch im persönlichen Verkehr die Meinung über die Gewerkschaftsbewegung auszutauschen und die freundschaftlichen Beziehungen enger zu knüpfen. Das „Board of Trade“ in England wandte sich mehrmals an die Generalkommission bezüglich Auskunft über in Deutschland aufgenommene Statistiken. Ebenso wurde dem „Domestic Industrial Council“ in England auf Anfrage Auskunft über die Arbeiterinnenbewegung in Deutschland gegeben. Durch den gegenseitigen Austausch der Organe der verschiedenen Länder war es möglich, den Vorgängen im Auslande folgen zu können. Mit den beiden zentralisierten französischen Gewerkschaftsorganisationen Federation nationale des Ouvriers du Travail in Paris und Syndicats et groupes corporatifs de France in Troyes, sowie mit dem Trades Union Congress Parliamentary Committee in England sind in neuerer Zeit Verbindungen angeknüpft und dürfte auch hier mit der Zeit eine regelmäßige Berichterstattung über wichtige Vorgänge eintreten.

Im letzten Jahre hat die Generalkommission nur zu den Generalversammlungen und Kongressen der Gewerkschaften einen Vertreter geschickt, für welche der Vorstand der Organisation um eine Delegation ersuchte oder wenn diese der General-Kommission wünschenswerth erschienen.

Aus Amerika.

In Europa hat man bekanntlich von den Arbeitsverhältnissen in den Vereinigten Staaten im Allgemeinen die günstigsten Vorstellungen und zum größten Theil mögen ja in der That Arbeitszeit und Arbeitslöhne auch noch besser sein als in den meisten Industrieländern Europas. Zum Theil sind aber die Arbeitsverhältnisse auch in Amerika recht schlecht, was wohl auf die Konkurrenz der billigen und bedürfnislosen Irländer, Italiener, Slaven und anderer rückständiger Einwanderer zurückzuführen ist.

Nach einem uns vorliegenden Berichte sind von sämtlichen Arbeiterkategorien die Bergarbeiter, speziell die Kohlengräber, am schlimmsten daran. Von irgend welchen guten Einflüssen des Geschäftsaufschwunges merken die Bergarbeiter nichts und seit langer Zeit schon kämpfen sie nicht mehr um Lohnerhöhung, sondern nur um die Aufrechterhaltung der bisherigen, traurig geringen Löhne. Vor einigen Jahren, lesen wir in einer bezüglichen Darstellung der Arbeitsverhältnisse, galt hier ein Tagelohn von 2 Dollars als der gewöhnliche Ansat für den durchschnittlichen Hand- und Fabrikarbeiter, resp. für 90 Prozent aller Arbeiter. Heute steht er auf 1 1/4 Dollars (1 Dollar = 4 M) bis höchstens 1 1/2 Dollars. Das ist wahrscheinlich immer noch mehr, als in Deutschland oder in anderen europäischen Ländern gezahlt wird. Aber wie stellt sich die Sache, wenn nachstehende Thatfachen damit in Verbindung gebracht wer-

ben? Nach dem Jahresberichte des Bergwerksinspektors für Ohio beträgt nämlich die Zahl der Arbeitstage des einzelnen Bergarbeiters im Durchschnitt nur 168, d. h. an 365 Tagen muß man essen und nur an 168 Tagen kann man verdienen.

Wenig besser steht es um den Fabrikarbeiter. „Mir zur Rechten wohnt ein Familienvater, der in den hiesigen Walzwerken angestellt ist. Er ist Vorarbeiter und erhält 2 1/2 Dollars Tageslohn; allein er erklärte mir, daß er im letzten Jahre nur 175 Arbeitstage gehabt habe, trotzdem er nie ausgedient ist. In Ohio und Wahrheit reduziert das den Lohn um ungefähr 50 Prozent.“ Meistens auf die Arbeiter werden eben nicht genommen; sind keine Aufträge da, so wird das Geschäft kurzer Hand ganz geschlossen oder der Betrieb reduziert.

„Nun sind allerdings bei uns die Lebensmittel billiger als in Deutschland: Fleisch, Brod, Kartoffeln zc. um 30—40 Proz.; andererseits sind die Wohnungsmieten theurer, weil der Hauseigentümer 10—12 Proz. des Anlagekapitals herauszuschlagen will. Selbst in Dörfern kostet eine Wohnung von 3 bis 4 Mannlichkeiten 5—7 Doll. per Monat. In großen Städten vollends müssen Arbeiter sich auf 3—4 Kilometer Entfernung einlogieren, wenn sie die Miete erschwingen wollen.“

Neben den geschilberten, bis zu einem gewissen Grade aber immer noch erträglichen Verhältnissen existiert aber in unseren Großstädten ein Arbeiterelend, von dessen Grauenhaftigkeit nur von Zeit zu Zeit etwas in die Öffentlichkeit dringt. In unserem sonst so schönen Cleveland, der Ohiometropole am Erieer, hat ein Sanitätsbeamter die Munde in den dortigen etwa 150 Schwitzbuden unternommen und in einer der noch zu den besten zählenden folgende Lohnverhältnisse ausfindig gemacht. Er hat eine Schneiderwerkstätte getroffen, in welcher im engsten Raume 12 Personen für Kleiderhandlungen Hosen nähen. Für das Nähen der Kniehosen erhalten die Leute \$ 1,40 per Duzend; für Hosen, die in den Läden zu \$ 8—12 per Stück verkauft werden, \$ 4 per Duzend. Ein fleißiger Arbeiter, der keine Minute aussetzt, kann bei 14stündiger Arbeitszeit 3 Duzend Kniehosen oder 1 1/2 Duzend anderer Hosen anfertigen, hat aber begreiflich für Licht, Faden zc. selbst aufzukommen. Auch die Lokalmiete geht auf seine Rechnung und in Folge dessen wohnen diese Märtyrer der Arbeit in Lokalen, die für Hunde noch zu schlecht wären.

In der bereits erwähnten Werkstätte, die dem Meister und seiner Frau sowie zwei kleinen Kindern als Wohnung, Werkstätte, Küche und Schlafzimmer dient, arbeiten überdies 14 Gefellen. Und die Luft dieser Schwitzbude? Nun, trotz geöffneten Fenster lasse sie sich fast wie Limburger Käse aufstreichen! — erklärte der betreffende Beamte.“

Mehr wie die Arbeiter ziehen die Kapitalisten aus dem, auch in Amerika eingetretenen wirtschaftlichen Aufschwung Nutzen und namentlich blüht das Aktien- und Kartellwesen. Das Neueste auf diesem Gebiete ist der Stahltrüf (Ring oder Kartell), dessen Kapital auf 300 Millionen Dollars geschätzt wird. Ueber seine bereits entfaltete und noch projektierte Tätigkeit wird berichtet: „Um seine Macht sofort zu beweisen, hat das Kartell die Preise für Roheisen und Bahnschienen bereits festgesetzt, und zwar wurde Gußstahl mit einem Aufschlag um 3 Dollars für die Tonne in die Höhe getrieben. In dessen wird nicht nur die Stahlproduktion von dem neuen Trüf reguliert, sondern auch die Produktion von Bessmer-Erz, und es scheint überhaupt, als ob John Rockefeller wieder einmal der leitende Geist des Kartells sei. Keine der kontrahierenden Firmen verfügt über ein ge-

ringeres Kapital als zwei und eine halbe Million Dollars. An erster Stelle kommt die Illinois Steel Company in Chicago, Milwaukee und Joliet, deren Kapital auf fünfzig Millionen angegeben wird, dann folgt die Carnegie Company in Pittsburg mit fünfundsiebzig Millionen Dollars. Diese Gesellschaft benützt täglich fünfhundert Eisenbahnwagen für die Zufuhr von Erz, Kohlen und Coles und die Verfrachtung des fertigen Materials. Erst vor Kurzem hat der von Rockefeller in's Leben gerufene Eisenerz-Trüf die Ausbeute für das Jahr 1896 auf zehn Millionen Tonnen im Voraus festgesetzt, sich aber jetzt durch den Stahltrüf bewegen lassen, die Ausbeute auf nur acht Millionen Tonnen zu beschränken. Schon daraus ist ersichtlich, daß die beiden riesigen Kartelle Hand in Hand arbeiten. In der letzten Woche hat die Carnegie Company zehntausend Tonnen Stahlschienen nach Japan verkauft und zwar zum Preise von etwas mehr als 21 Doll. für die Tonne; die inländischen Bahngesellschaften aber müssen 28 Doll. in Pittsburg und 29 Doll. in Chicago bezahlen. Nimmt man an, daß die Japaner die Schienen außergewöhnlich billig kauften, billiger, als sie dieselben in England kaufen konnten, wo man 23 Doll. verlangte, so läßt sich doch kaum denken, daß die Carnegie Company eine Lieferung, bei der es sich um 218 000 Doll. handelt, ohne jeden Profit abgeschlossen hat. Wenn aber auch der Profit nur ein ganz geringer war, so bringt der vom Trüf festgesetzte Preis von 28 Doll. sicherlich einen Gewinn von 10 Doll. per Tonne — ein enormer Profit, den der amerikanische Schutzoll auf Stahl im Betrage von 7,84 Doll. für die Tonne den Fabrikanten sichert.

Die Vereinigten Staaten besitzen ein nach Senator Sherman benanntes Anti-Trüf-Gesetz und der 52. Kongreß hat dasselbe sogar, als es sich zu schwach erwies, verschärft. Das war aber auch das Letzte, was man davon hörte, und es scheint, wie so viele andere Gesetze dieses Landes, nichts weiter als ein tochter Buchstabe zu sein. Wenigstens sind seit Erlaß des Gesetzes der Zuckertrüf, der Nageletrüf, der Eisentrüf und jetzt der Stahltrüf mit offenem Visire über das Publikum hergefallen, ohne daß ihnen die Bundesanwälte das Handwerk gelegt oder auch nur einen Versuch dazu gemacht hätten. Neuesten Nachrichten zufolge will der amerikanische Stahltrüf seinen Einfluß auch in anderen Ländern geltend machen, und um die großen Stahlproduzenten Europas in sein Kartell hereinzuziehen ist für den nächsten Monat eine Zusammenkunft in Paris in Aussicht genommen. Die hiesigen Stahlfabrikanten drohen, ihr Produkt so billig zu liefern, daß kein europäischer Produzent mit ihnen konkurrieren kann, wenn ihnen nicht ein Theil des Weltmarktes freiwillig überlassen wird. Sie räumen auch ganz ungenirt ein, daß der Gewinn, den sie durch ihre Verbindung aus den amerikanischen Konsumenten herauszuschlagen, groß genug ist, um ihnen zu gestatten, den Kampf gegen die europäischen Stahlfabrikanten aufzunehmen und selbst bedeutende Verluste zu ertragen. Das gutmüthige, geduldige amerikanische Volk wird das Geld für diese Kriegsführung liefern. Es bestätigt sich aber auch hier wieder, daß der amerikanische Schutzoll den hiesigen Fabrikanten so große Profite im inländischen Markte sichert, daß sie in den Stand gesetzt werden, im ausländischen Markte ohne Gewinn und selbst mit Verlust zu verkaufen und dadurch der amerikanischen Industrie mit Gewalt Absatzgebiete zu verschaffen, die seither ausschließlich von Europa beherrscht werden.“

Was da gesagt wird über Schutzoll und seine Wirkungen in niedrigen Preisen

für das Ausland und hohen Preisen für das Inland, das gilt auch für Deutschland, worüber in diesem Blatte wiederholt berichtet worden. Und was ferner gesagt wird über die Nichtdurchführung der Antitrüfgesetze, das gilt auch in vollem Umfange für die amerikanische Arbeiterrechtsgesetzgebung, die meistens nur da durchgeführt wird, wo eine eifrige und starke Arbeiterbewegung besteht und tüchtige Fabrikinspektoren ihres Amtes walten, im Uebrigen aber nur auf dem Papier steht.

In den gerade nicht zahlreichen Arbeiterrechtsgesetzen sind im Jahre 1895 noch einige neue hinzugekommen. So wurden in den Staaten Alabama, Minnesota, Nevada und Wisconsin Gesetze erlassen gegen die Führung von „schwarzen Listen“. In Connecticut, Texas und Wisconsin sind Gesetze erlassen worden, welche eine schlechterliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern bezwecken. Montana hat ein Bureau für unentgeltlichen Arbeitsnachweis mit Zweigbüreau im ganzen Staat eingesetzt. Betreffend Lohnzahlung ist in Missouri die Zahlung in gesetzlichem Baargeld verfügt worden, während Illinois und Nord-Carolina dem Arbeiter mindestens das Recht verleihen, statt Anweisungen bares Geld zu verlangen. In Massachusetts ist für alle Geschäfte mit mehr als 25 Arbeitern die wöchentliche Lohnzahlung vorgeschrieben worden. Arkansas hat ein Arbeiterpfandrecht auf die Produkte von Mienen und Steinbrüchen sowie auf alle fertigen Fabrikate verfügt.

Um die Ausbeutung eingewandeter, der Landessprache unkundiger Arbeiter zu verhindern, hat Connecticut die Stelle eines Arbeiterkommissars geschaffen, der das Recht der Kontraktfreiheit zu wahren hat. Solchen Leuten den Lohn vorzuenthalten, ist mit besonderer Strafe bedroht. Pennsylvania und New-York haben Gesetze gegen die sogenannten Schwitzbuden erlassen. Im Staate New-York ist die Arbeitszeit in Bäckereien auf 60 Stunden per Woche beschränkt worden und im Staate Washington diejenige für Straßenbahnangestellte auf 10 Stunden per Tag. Minnesota hat für die Arbeiterinnen und für alle Personen unter 18 Jahren den Maximalarbeitslag von 10 Stunden eingeführt. Fabrikarbeit von Kindern ist in Connecticut anstatt mit 13 erst mit 14 Jahren gestattet und Missouri schließt Kinder unter 14 Jahren gegen Verwendung bei Schaustellungen.

Auf dem Gebiete der Sträflingsarbeit hat Tennessee das bisher dort bestehende System der Verpachtung von Sträflingen an Grubenbesitzer zc. abgeschafft und Pennsylvania hat eine Kommission mit der Lösung der Frage betraut, wie die Sträflingsarbeit verwendet werden könne, ohne der freien Arbeit Eintrag zu thun. In Connecticut und Kansas sind staatliche Verbesserungsanstalten eingerichtet worden und ersteres hat überdies ein Verbot erlassen, Sträflinge bei Herstellung irgend welcher Gegenstände zu verwenden, die in den Mund genommen werden.

Auch die Frage der Beschränkung der Einwanderung steht auf der Tagesordnung und daneben die weitere Frage, den Eingewanderten die Naturalisation zu erschweren. Bereits 15 Anträge liegen zu beiden Fragen dem Repräsentantenhaus und dem Senat in Washington vor und zwar in bezeichnender Weise alle gestellt von Republikanern. Dieselben verfolgen damit offenbar demagogische Wahltaktik und darüber hinaus, die Verstärkung der sozialistischen Elemente durch europäische Einwanderer zu verhindern; daß sie damit den Zweck verfolgten, vom amerikanischen Arbeiter die lohnbrückende Konkurrenz fernzuhalten, glauben wir nicht, denn die amerikanischen Großkapitalisten haben ja das entgegengesetzte Interesse.

Von der Union selbst ist nicht ein einziges Gesetz zum Schutze der Arbeiter geschaffen worden. Die kapitalistischen Politiker, die im Kongreß in Washington sitzen, haben dazu weder Zeit noch Lust, denn in erster und letzter Linie haben sie dem Götzen Mammon zu dienen — was bekanntlich von den meisten europäischen Parlamenten nicht minder gilt.

Ein wahrer Kulturkampf.

Der Frühling hat eine Menge von Arbeitseinstellungen gebracht und dem behäftigten Spielbürger beginnt es zu grausen. Für ihn ist die alte Weltordnung schon halb aus den Angeln gehoben, wenn die Arbeiter Ansprüche auf höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit machen, grade wie bei gewissen alten Weibern das Menschengeschlecht unrettbar der Verderbnis geweiht ist, seitdem die Dienstmädchen Hüte tragen. Der Spielbürger kann sich nun einmal von einer Arbeitseinstellung keinen anderen Begriff machen, als daß dieselbe aus der Faulheit, Begehrlichkeit und Gemüthsucht der Arbeiter entspringt, und grade diejenigen Leute, die in der Lage sind, niemals arbeiten zu müssen, die Rentenverzehrer, Dividendenschlucker, Müßiggänger und Pflastertreter aller Art, sind am meisten jählich empört, wenn die Arbeiter den Neun- oder Zehnteltag verlangen. Es liegt darin eine Art brutaler Instinkt, denn die Leute des arbeitslosen Erwerbs haben den dunklen Drang, eine möglichst intensive Ausbeutung der Arbeitskraft zu wünschen. Sie glauben, darin eine Garantie zu finden, daß ihre Zinsen, Renten und Dividenden dauernd fließen.

Die letzten Jahre haben verhältnismäßig wenig Ausfälle von industriellen Arbeitern gebracht. Den Grund der Erscheinung, daß jetzt häufiger um bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne gestritten wird, sucht die bürgerliche Presse in einem wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Zeit. Daß ein solcher stattgefunden hat, kann nur in sehr relativer Weise bejaht werden. Gewiß mögen in verschiedenen Branchen gute Geschäfte gemacht worden sein, aber den Vortheil haben nur die Unternehmer gehabt, denn das Angebot von Arbeitskraft ist so groß, daß es von der Nachfrage nur in ganz besonderen Fällen noch überflügelt wird. Die Handelsvertragspolitik hat ohne Zweifel für die Arbeiter insofern eine gute Wirkung gehabt, als sie den Arbeitern Beschäftigung gesichert hat, die ihnen ohne Handelsverträge verloren gegangen wäre. Ob aber darum auch die Löhne und die Arbeitsbedingungen überhaupt besser geworden sind, das ist eine andere Frage. Die Maschinenteknik und die Hereinziehung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte verhindern ein merkliches Steigen der Löhne. In einzelnen Industrien verschlechtert sich die Lage der Arbeiter immer mehr. Namentlich in solchen, die Luxusartikel produzieren. Das zeigt sich namentlich in der Bijouterie; die Löhne der Gold- und Silberarbeiter sind um ein Sechstel zurückgegangen. Die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit hat in dieser Industrie eine für die Arbeiter sehr unliebsame Lösung erfahren; der Mangel an Absatz der Waare hat bewirkt, daß nur noch 250 Tage im Jahre gearbeitet wird. Auch in dieser Industrie sind unverhältnismäßig viel weibliche und jugendliche Arbeitskräfte herangezogen worden. Daß der Waarenabsatz stockt, kommt von der mangelnden Kaufkraft der einheimischen Bevölkerung und von der steigenden Konkurrenz des Auslandes in den Exportgebieten. Für die Gold- und Silberarbeiter sind schwerlich Konjunkturen vorhanden, die bei einem Anstand den Erfolg verbürgen.

Man sieht daraus, daß es nicht schablonemäßig beurtheilt werden kann,

menn die Umstände sich plötzlich mehren. Ob die Arbeiter einen Ausstand wagen können, das hängt nicht nur von den geschäftlichen Konjunkturen, von der Größe oder geringeren Ueberfüllung des Arbeitsmarktes und von der Stärke der Organisationen, sondern auch noch von den besonderen Umständen ab, die jeder einzelne Industriezweig aufweist.

Wir sind sicher die entschiedensten Gegner aller Streiks, die ohne gegriindete Aussicht auf Erfolg unternommen werden. Andererseits aber können wir nicht schlicht und nicht bringend genug wünschen, daß den Arbeitern die Benutzung der gegenwärtigen Konjunkturen die erwünschten Erfolge bringen möge.

Der große Kampf der Arbeiterbewegung ist ein dreifacher; auf politischem Gebiet wird um die politische Macht gerungen und auf sozialpolitischem Gebiet erstrebt man durch die Gesetzgebung den Schutz des Arbeiters gegen die groben Auswüchse des Kapitalismus. Damit verbindet sich in den Fachorganisationen der Arbeiter der große Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen.

Die herrschenden Klassen mühen sich so heuchlerisch über „Begehrlichkeit“ schreiben, wir nehmen das nicht ernst. Denn das Unternehmertum benützt jede, auch die kleinste Gelegenheit, den Arbeitern die Löhne zu kürzen, die Arbeitszeit zu verlängern und an Produktionskosten zu sparen. Und die Arbeiter sollten nicht jede Gelegenheit ergreifen, die ihnen eine Erhöhung ihrer Löhne, eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit bringen kann? Selber kommen solche Gelegenheiten nur zu selten. Das bewirkt die Ersparnis an Arbeitskräften, welche die modernen Produktionsmittel dem Unternehmer gestatten, sowie die Verkümmernng des Koalitionsrechts.

Daß die Arbeiter in diesem wirtschaftlichen Kampf Erfolge erringen, muß Jedermann, dem die Zukunft unseres Volkes nicht gleichgültig ist, der bringendste Wunsch sein. Die übermäßige Ausbeutung der Arbeitskräfte führt nicht nur den Volkstörper einem schließlichen Siedetode und Kräfteverfall entgegen; sie schädigt auch enorm die geistige Fortentwicklung nicht nur, weil der Arbeiter für seine Geistesbildung keine Zeit mehr übrig hat, wenn all' seine Lebens-tätigkeit in dem Erwerb seines kümmerlichen Lohnes aufgeht. Das Glend macht stumpf und wenn die Massen-armuth einmal einen gewissen Grad überschritten hat, dann geht leicht der Masse das politische Verständnis sowohl als auch die Ausdauer in dem politischen Kampfe verloren.

Nichts ist verfehlter als die so oft vernommene Annahme, daß der Sieg der Arbeiterbewegung mit aller Schnelligkeit erfolgen könnte, wenn nur das Massen-glend den denkbar äußersten Grad erreicht hätte. Das könnte zu ganz unerwünschten Konsequenzen führen. Gewiß ist das Glend mit seinen schrecklichen Wirkungen der Gegenstoß auf die Auswüchse des Kapitalismus, der die Korrektur der mangelhaftesten Produktionsverhältnisse herbeiführen wird. Aber das Glend darf nicht so weit kommen, daß den Arbeiter die Lethargie des Glendes erfaßt und er in dumpfer Hoffnungslosigkeit sein trauriges Schicksal über sich ergehen läßt. Es ist kein Zufall, daß in so vielen Gegenden, wo die Arbeiter im schrecklichsten Glend dahinleben müssen, bei den Wahlen immer die reaktionären Parteien den Sieg davon tragen.

Der Kampf der organisierten Arbeiter um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen ist daher ein wirklicher Kulturkampf, der es verhindern will, daß das Leben Derjenigen, welche die Werte schaffen, zu einem bloßen Vegetieren werde, das eines jeden Menschen unwürdig ist. Die bürgerliche Verleumdungskunst hat es so lange fertig gebracht, daß in jedem

Streik ein Auswuchs der Trägheit und Begehrlichkeit erblickt wurde. Das beschränkt sich heute auf die Dummen und Böswilligen; die ernsthaften und tüchtigen Elemente in unserem gesammten Volke haben es längst erkannt, welche Bedeutung der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter hat.

Und von dieser Erkenntnis werden immer weitere Kreise ergriffen werden. Die Menschlichkeit gebietet, daß man im Menschen eben mehr erblickt, als nur ein Ausbeutungsobjekt für den Kapitalismus. „Hamburger Echo“.

Zugung ist fernzuhalten!

In der Strafsache gegen den Redakteur Kunert vom „Vorwärts“ wegen groben Unfugs hat in letzter Instanz der Straf-senat des Kammergerichts zu Berlin am 14. April d. J. für Recht erkannt, daß die Revision der Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Urteil des Landgerichts zurückzuweisen ist und die Kosten des Rechtsmittels der Staatskasse zur Last fallen.

Da es sich in der vorliegenden Angelegenheit innerhalb gewisser Grenzen um Sein oder Nichtsein der Koalitionsfreiheit der Arbeiter handelte, so fühlte sich der „Vorwärts“ veranlaßt, diese Sache durch alle Instanzen durchzusetzen. Vor dem Schöffengericht und Kammergericht war sein Bemühen von Erfolg gekrönt. Bei der ungewöhnlichen Wichtigkeit der kammergerichtlichen Motive lassen wir nunmehr den Wortlaut derselben hier folgen:

Gründe.

Der Revision der königlichen Staatsanwaltschaft, welche Verletzung des § 360 Nr. 11 Str.-G.-B. in Verbindung mit § 20 des Reichspressgesetzes und des § 266 Abs. 4 der Straf-Prozess-Ordnung rügt, war der Erfolg zu verlagern.

Der Vorderriecher hat ausgeführt, daß in den beiden in Rede stehenden Inseraten eine Aufforderung an die auswärtigen Arbeiter enthalten sei, nicht nach Berlin zu kommen und dadurch den Streik bei der Firma Welles nicht zu verderben und er hat angenommen, daß eine solche öffentliche Aufforderung, einen Streik zu unterstützen, sich als eine gegen die öffentliche Ordnung verstoßende Ungebühr darstellen und daß grober Unfug auch durch die Presse verübt werden kann, und er hat weiter ausgeführt, daß sich im vorliegenden Falle die veröffentlichten Aufrufe als grober Unfug darstellen würden, wenn festzustellen wäre, daß dieselben geeignet waren, weitere Kreise von Gewerbetreibenden und Arbeitnehmern in Unruhe zu setzen. Der Vorderriecher hat aber nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß diese Aufrufe geeignet waren, diese Wirkung herbeizuführen. An dieser negativen Feststellung, welche einen Rechtsirrtum nicht erkennen läßt, scheitert die Revision der königlichen Staatsanwaltschaft.

Der Gerichtshof hat in Uebereinstimmung mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts angenommen, daß der Thatbestand des groben Unfugs auch in Handlungen erblickt werden kann, welche sich als eine Ungebühr darstellen und das Publikum unmittelbar — wenn auch nur physisch — beunruhigen und belästigen. (Urteil des Reichsgerichts vom 14. Juni 1895, Entsch. Bd. 27 S. 292.)

Ob eine Ungebühr vorliegt, ist Thatfrage und in jedem einzelnen Falle zu entscheiden. Wenn die Revision geltend macht, daß auch die Beunruhigung einer einzelnen Person zur Feststellung des Thatbestandes des groben Unfugs hinreicht, sofern diese eine Person sich als Theil des Publikums darstellt, und daß der Vorderriecher sich hierüber nicht ausgesprochen habe, so ist dieser Angriff nicht begründet. Der Vorderriecher stellt vielmehr gerade die Thatbestände der Firma Welles und die dort streikenden Arbeiter den Gewerbetreibenden und Arbeitnehmern in weiteren Kreisen gegenüber, er bekräftigt den Gegensatz zwischen der unbestimmten Mehrheit einerseits und einzelnen Personen und einem individuell begrenzten Personenkreise andererseits. Eine rechtsrhythmische Auffassung des Begriffs „Publikum“ ist hiernach nicht ersichtlich.

Auch die Rüge der Revision, vom Vorderriecher sei der Zusatz in der zweiten Annonce „Zugung ist streng fernzuhalten“ nicht geprüft, ist verfehlt. Denn diese Rüge richtet sich gegen die Würdigung des thatsächlichen Inhalts der Annonce, im Uebrigen ist sie auch deshalb unbegründet, weil der Vorderriecher auch den Wortlaut der zweiten An-

nonce in den Kreis seiner Erwägungen gezogen hat. Die Revision ist demnach nicht begründet und es war deshalb, wie gesehen, zu erkennen. Die Kostenentscheidung folgt aus § 505 Str.-P.-O.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Wir ersuchen die Verwaltungen, um eine schnelle und thatkräftige Unterstützung der zahlreichen jetzt stattfindenden Kämpfe zu ermöglichen, alle irgend entbehrlichen Geldbestände umgehend nach hier einzusenden.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und anzuhalten:

- Nr. 99240 des Schlossers August Thiebaut, geb. am 18. Juni 1872 zu Mühlhausen i. Gf.
- 116949 des Klempners Oswald Kowatsch, geb. am 4. Oktober 1851 zu Wittlich.

In letzter Zeit ist es mehrfach vorgekommen, daß Anträge auf Ausschluss von Mitgliedern auf Grund des § 3 Abs. 7a und b des Statuts beim Vorstand eingereicht wurden, ohne daß den auszuscheidenden Mitgliedern Gelegenheit zu ihrer Rechtfertigung gegeben worden ist. Da letzteres eine nur zu selbstverständliche Forderung der Gerechtigkeit, es aber nicht Jedem gegeben ist, in einer Verammlung Rede und Antwort zu stehen, hat der Vorstand beschlossen, jedem auf Grund des § 3 Abs. 7a und b auszuscheidenden Mitgliede Gelegenheit zu geben, seine Rechtfertigung direkt beim Vorstande anzubringen und es ist deshalb notwendig, daß jedem Ausschlussantrage die Adresse des Ausscheidenden, sofern diese uns nicht bekannt, beigefügt wird.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Adenstraße 160, I,

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Abrechnung der Hauptkasse pro April 1896.

- Einnahme: Kassenbestand Ende März 3856,70. Von Alen 44,40. Albrechts 14,70. Uffe 33,40. Altenmelle 50. Altona 400. Alt- und Neugersdorf 105 66. Apennin 21. Ubolda 30. Aschaffenburg 40. Fischersleben 30. Auerbach 50. Barabach 124,50. Bergedorf 174,50. Berlin-Ost 230. Bielefeld 223,65. Bochum 68,40. Bodenheim 109,36. Bodenem 3,70. Bötzingen 41,55. Brandenburg 200. Braunschweig, Klempner 50. Drebow 60. Bremerhaven 300. Breslau 100. Bunsau 30. Burg 90. Burgfarnbach 20,90. Cannaist 50. Cannaist, Forner 60. Cassel 150. Charlottenburg 70. Chemnitz 300. Coburg 30. Cöpenick 26,35. Cottbus 110. Crefeld 35. Darmstadt 70. Dessau 50. Detmold 28,40. Dissen-Mothenfeld 17,10. Döbeln 140,40. Dresden-N. 210. Düren 11. Düsseldorf, Feilenhauer 31,78. Eberswalde 40. Ederndorfe 22,80. Ehrenfeld 60,90. Elmshütten 52,50. Eibing 130. Emmendingen 42 54. Eriangen 113,52. Eifen, Klempner 76. Feuersbach 28. Flensburg 250. Flensburg, Klempner 50. Forst 100. Frankenthal 116,02. Frankfurt a. M., Spengler 97,39. Frankfurt a. d. O. 50. Freiburg i. Schief. 50. Freising 100. Fürstwalde 40. Fürth, Metallbrüder 108 60. Fürth, Schläger 286,55. Furtwangen 38,70. Gableau 110. Gassen 120. Gera 50. Gerasmühle 22,50. Gießen, J. D. 20. Glinde 18. Gmünd, Schwab. 60. Golzern 31,60. Göttingen 100. Grabow 20. Greiz 60. Großsch. 10. Großschönan 128,07. Grödingen 57 20. Grünberg 37. Hiltrow 60. Hainholz 34. Halberstadt 100. Hall, Schwab. 47,25. Halle a. S., Forner 42,15. Hamburg: Gelbsteher 275,95, Klempner 431,70, Schlosser 400. Hanau 70. Hannover, Klempner 70. Hannover, Schmiede 69,12. Harburg 318,30. Hainau 50. Heidelberg 50. Heilbronn 5 79. Helmsiedt 50. Hersbrud 13. Hildersdorf 41,51. Hilsheim 120. Höchst a. M. 21. Jöhoe 50. Jena 70. Kaiserlautern 60. Kappel 138,60. Karlsruhe 100. Karlsruhe-Wühlberg 132,50. Klempner 2. M. 5. Kiel, Klempner 72,11. Kirchheim u. Teck 26,10. Königsberg 100. Lahr 21,02. Lauenburg 30. Lebachen 11. Leipzig-Ost 100. Eld 40. West 200. Lempe 20. Siegnitz 40. Linden, Feilenhauer 31 15. Lörrach 40. Lübeck 500. Ludenwalde 50. Ludwigsburg 64. Ludwigsbasen 70,52. Lüneburg 30. Magdeburg, Feilenhauer 35,55. Alt-Neustadt 40. Budan 100. Neustadt 60. Sodenburg 37,80. Mainz 100. Mannheim 100. Marburg 43,70. Meisen 23 61. Meuselwitz 63,30. Mittweida 60. Miedzdorf 27,10. Mühlhausen i. Gf. 174,58. Mülheim a. Rh. 68,66. Mülheim a. Ruhr 16. München: G.

- N. 10, Feilenhauer 80,10, Schlosser 250, Stebmacher 25, Spengler 150, Zingler 45. Münster 75. Mühlbach 47,01. Neckargartach 10. Neckarsulm 100. Neubrandenburg 14,60. Neu-Zienburg 81. Neumark 16. Neumühlen 90. Neumünster 100. Neu-Ruppin 40. Neustadt a. Rot. 8,10. Nordhausen 50. Nürnberg: Alig. 800, Fischer 400, Mechaniker 60, Metallbrüder 259,35, Meißner 150, Schmiede 400, Oberndorf 25,18, Oberrad 48,30, Oberschlema 24,80, Oberstein 76, Oehnhäuser 26,70, Offenburg 30, Osnabrück, W. St. 10, Osnabrück 70, Passau 24,40, Regnitz 69,82, Reine 41,40, Reitz 44, Pfungstadt 37, Pinneberg 16, Pirmasens 40, Prenzlan 80, Queblinburg 192,17, Radeberg 49,80, Rathenow 25, Rathenow, Eisenblecher 33, Rathenow 6,35, Reichenbach i. Vogt. 15,90, Rendsburg 100, Rindorf 18, Rosenheim 36, Rottweil 26,30, Ruhla 35,50, Rührort 55, Saalfeld 150, Sebaltsbrunn 30,30, Seib i. Bay. 32,04, Speyer 25, Schmiedefeld 18,14, Schorndorf 18, Scharnebeck 22, Schöneberg 95,05, Schönheide 28, Schramberg 99, Schwabach, Naber 45, Schwelmfurt 70, Schwelm 49, Schwennigen 66, Schwerin 20, Stettin 100, Traunstein 8,10, Varel 16, Willingen 23,27, Wandsbeck 85,95, Weimar 30, Weihen 23, Weiskens 25, Wilhelmshaven-Bant 300, Wiesbaden 40, Witten 61,40, Wolfenbüttel 15,73, Zeitz 203,72, Zirndorf 20,85, Zossen 25. Einzelmitglieder der Hauptkasse 220. Für Ersatzbücher 0,70, Notizbücher 0,60, Messhandbücher 0, Protokolle der 2. ordentlichen Generalversammlung 12, Zurückgezählte Schuld von H. Geißler, Frankfurt 11, Desgl. von D. Brenster, Weimaria 48, Desgl. von J. Stratner, Jülich 5, Sonstige Einnahmen 1,10, Für Streiks: Von Harburg 11,30, Ulm 4,10, Summa M 22 162,32.

Ausgabe: Metallarbeiter-Zeitung 1600. Druckerarbeiten 65. Buchbinderarbeiten 770. Kaufschuhtempel 8. Gefäße der Bureau-beamten 450. Hilfsarbeit 264. Manfaget des Hauptkassiers 10. An den Ausschuss 100. Agitation 588,40. Revision der Hauptkasse 4,50. Streikunterstützung an die Metallarbeiter in Böhmen 300. Gerichts-Kostenzuschuß 2,40. Beitrag zur Kranken-, Alters- und Unfall-Versicherung 12,15. Schreibmaterial 5,45. Bureaureinigung 8. Porto 119,72. Sonstige Ausgaben 19,09. Zuschüsse nach: Bamberg 50, Berlin 800, Bielefeld 900, Dresden 1300, Freising 100, Großschönan 900, Hameln 100, Osnabrück, Forner 30, Rathenow, Brillen- und Binne-nearbeiter 1200, Rottweil 120, Schorn-dorf 10, Schwabach 8000, Stendal 12 Ulm 10, Heizen 20. Ca. M 17 794,41.

Bilance:
Einnahme M 22 162,32
Ausgabe „ 17 794,41
Kassenbestand M 4 367,91.

Die Verwaltungsbeamten werden hierdurch dringend ersucht, vorstehende Abrechnung zu prüfen und über etwaige Fehler sofort zu berichten. **Der Vorstand.**

Korrespondenzen.

Dreher.

Niederstedt i. S. Am 4. Mai wurde ich als Dreher in den elektrischen Werken zu Niederstedt eingestellt. Nach einigen Tagen erfuhr ich von meinen Mitarbeitern, daß nur 30 J pro Stunde bezahlt würde und stellte deshalb die Arbeit nach drei Tagen wieder ein. Kündigung findet laut Arbeitsordnung hier nicht statt. Aber statt 30 bis 36 J pro Stunde, was doch der übliche Dreherlohn ist, wurden mir nur 24 J, sage und schreibe vierundzwanzig Pfennige pro Stunde ausgezahlt. Das ist die Ausbeute! Denn doch zu toll getrieben, wenn ein gelernter Dreher, der die allerbesten Zeugnisse hat, einen solchen Lohn erhält. Demnach steht ein gelernter Dreher in dieser großartigen Fabrikfabrik noch unter dem Tagelöhner oder Handlanger, denn diese werden doch mit 26-28 J pro Stunde bezahlt.

Metall-Arbeiter.

Berlin. Achtung, Metallarbeiter Deutschlands! Wegen der Maifeier sind in den im Folgenden genannten Werkstätten Berlins die Arbeiter entlassen und bis zum 5. Mai ausgesperrt. Die Arbeiter der betreffenden Firmen haben nun erklärt, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis ihnen Genugthuung widerfahren ist. Die Entlassungen wurden vorgenommen bei Schaffer & Dehmann, Chausseestraße 40; Fricker, Lindenstr. 23; Schlüter, Brandenburgstr. 19; G. Heine, Wasserthorstr. 8; Thieleke, Wasserthorstr. 62; Feinze, Brandenburgstraße 75; Nürnberg, Pringelstr. 25; Kraus, Gifschinerstraße 81; Krause, Gifschinerstr.; Stabenow, Gräfenstr. 9; Christ, Brangelstr. 111; Kube, Gifsbethener Str.; Miter, Oranienstraße 9; Krone & Co., Stralschreiberstr. 18; Krüger, Sebastianstr. 74 und Ute Jakobstraße 35;

Rehmann, Wabbertstr. 72; Sauer, Stallgerstraße 82; Mübiger, Stallgerstr. 125. Insgesamt sind dies 18 Werkstätten mit 880 Arbeitern. Kollegen, Metallarbeiter aller Branchen! Halte den Zug fest! Die genannten Unternehmer-erlassen in einer ganzen Reihe von Städten Arbeitsangebote! Deshalb ist überall Solidarität gegen die wegen Verschleppung am Werkertage der Arbeit auf's Äußerste geworfenen Berliner Berufs-genossen!

Berlin. In der am 22. April abgehaltenen Generalversammlung berichtete der Bevollmächtigte über die Tätigkeit resp. Geschäftsführung der Ortsverwaltung im letzten Quartal. Der Kassier gab darauf Abrechnung: Kassenbestand laut der letzten Abrechnung am 1. Januar 1905 335,17, Einnahme 1141,80, Zuschuß aus der Handtasse 1000, Summe 2476,97. Gesamtausgaben inkl. Streik und Meisterunterstützung 1762,87. Der Kassier Hr. Baur wurde auf Antrag der Delegierten einstimmig entlassen. Bei der Wahl für die Bezirksleitungen wurde als Bezirksleiter W. Dirsch, als Stellvertreter K. Kallisch und als Schriftführer Fräulein Schlegel für den Bez. Zentrum gewählt. Für den Bezirk Süd-Ost wurden gewählt als 1. Bezirksleiter Böhm, als Stellvertreter Goben und als Schriftführer Sedlmeier. Bei Besprechung des Streiks bei der Firma Woodborf u. Hochhäuser wurde das Verhalten des Kollegen Otto getadelnd, der Sonnabends noch Unterstützung genommen, am folgenden Montag aber als einziger Streikbrecher in die Fabrik ging. Ein Antrag, den Kollegen Otto aus der Organisation auszuschließen zu beantragen wird einstimmig angenommen. Weiterer Antrag: Einen Bibliotheksfonds durch Markenverkauf zu schaffen, wird abgelehnt. Die Bibliothek für Zentrum, Süd-Ost und Ost wird behufs Revision in den Monaten Juni und Juli geschlossen.

Bielefeld. Erfolglos beendet ist nach dreiwöchentlicher Dauer der Streik der Arbeiter der Bielefelder Nähmaschinenfabrik Horn. Dürkop u. Co. Nachdem mehrere Hundert Ausständige wieder an ihre Plätze zurückgekehrt waren, beschloß die ihrer Sache treugebliebenen Arbeiter — ca. 1400 — den Kampf aufzugeben. Die Direktion der Fabrik hat der Lohnkommission die Zusage gemacht, daß nach und nach alle am Streik beteiligten Arbeiter wieder eingestellt werden sollen.

Dasel. In der G. Mery'schen mech. Werkstätte sind Differenzen wegen Lohn, Behandlung, Fabrikordnung und Arbeitszeit ausgebrochen. Zug von Formern, Gläsern, Metalldrückern, Spenglern, Schlossern und Drehern zc. bitten wir fernzuhalten.

Döbeln i. S. Oft finden sich in auswärtigen Zeitungen Arbeitsangebote Döbeler Firmen und mancher Kollege ist schon darauf hineingefallen. Lassen wir deshalb einmal die Fabriken Meute passieren. Durch ihr Neuhäuser fällt uns die Fabrik von Robert Dümmeler in die Augen. Während im Gesamtbetrieb in Bezug auf Einrichtung, Ventilation zc. peinlichste Sauberkeit herrscht, denkt Niemand daran, den Arbeitern den Aufenthalt in anderer Beziehung dazu entsprechend angenehm zu machen. Die Fabrikordnung sorgt schon dafür, daß die Leute lieber heraus- als hineingehen. Wie oft von den Strafparagrafen Gebrauch gemacht wird, lehnen schon die gebrauchten Lohnzettel mit den Andriken: „Abzug für verorbene Arbeit“, „Strafen für Zuspätkommen“ u. dgl. Es wird dem Schreiber dieses versichert, daß nicht selten Abzüge für verorbene Arbeiten gemacht werden, die schon so lange aus der Wube sind, daß die Arbeiter Mühe haben, sich ihrer Anfertigung zu entziehen. Ebenso rigoros wird die Strafbestimmung für Zuspätkommen gehandhabt; hierfür nur ein Beispiel. Als vor Kurzem 2 Arbeiter Früh 6 Uhr zur Arbeit kamen, hatten sie das Unglück, beim Stockschlag ca. 20 Schritt vom Markensafen entfernt zu sein; hierfür waren 20 $\frac{1}{2}$ fällig. — Insbesondere warnen wir die Gürtler, sich behörden zu lassen von dem „hohen Lohn“, der durch die Bestrafungen geboten wird. Löhne von 30, 28, 24 und weniger Mark in 14 Tagen gelangen zur Auszahlung. — Treßend bewahrt wird sich hier der Satz: Je schlechter die Löhne, desto stumpfsinniger die Arbeitermasse. Von ungefähr 300 Arbeitern der Firma Dümmeler sind 12 organisiert. — Die zweite größere Wube, die Landwirtschaftliche Maschinenfabrik Franz Richter, die an Arbeiterzahl der ersten nicht viel nachsehen dürfte, beherbergt 8 unserer Mitglieder in ihren Mauern. Hier dominieren die, die in „Harmonie“ machen. Es geht nach Angabe dieser Leute auch sehr harmonisch zu in dieser Wube. Daran Zweifel zu hegen, hat Schreiber dieses auch nicht die geringste Ursache. Auch er kann sich die Harmonie nicht besser vorstellen, als durch Arbeiten von Früh 5 bis Abends 8 bis 9 Uhr; da verdient der Unternehmer so wohl, als auch der Arbeiter etwas mehr, was harmonisch. Noch bedeutend „harmonischer“ wird die Sache nach beendigter Saison; da fliegen die Arbeiter, welche im

Frühjahr angefangen und für 20—25 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn bei 18—14stündiger Arbeitszeit die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit „finden“ haben, auf's Äußerste. Es gibt nun noch eine ganze Reihe kleinerer Wuben am Ort, deren zu gedenken es vielleicht später Gelegenheit gibt. Aus diesen kleinen Wuben rekrutiert sich unsere Mitgliederzahl und wird dieselbe unentwegt den Kampf führen gegen den Individualismus und gegen jede Harmoniebestrebung. — Am 8. März legten die sämtlichen Arbeiter der Wagengfabrik von Hellig & Köhler die Arbeit nieder. Unter Anderem forderten sie 10stündige Arbeitszeit statt bisher 11 Stunden, entsprechende Erhöhung der Akkordlöhne, weiter: die Firma dürfe innerhalb eines Vierteljahres keinen Arbeiter wegen der gegebenen Differenzen entlassen. Dem einmütigen Vorgehen aller Kollegen war es zu danken, daß bereits am Sonnabend Nachmittag die Forderungen bewilligt waren. Hoffentlich ziehen die Beteiligten, welche noch nicht organisiert sind, eine Lehre daraus.

Grünberg i. Schl. Sehr schlecht bestellt ist es mit den Metallarbeitern Grünbergs. 600—700 Metallarbeiter sind hier am Orte, wovon kaum 50 organisiert sind. Wenn wir uns die Musterwerkstatt von Beuchelt & Co. ansehen, da wird uns schon klar, wie es den Kollegen ergeht. Geschunden werden die Arbeiter vom frühen Morgen bis zum späten Abend für 1,50—2. Und hat es dann ein alter Arbeiter durch lange Zeit dahin gebracht, daß er einen Stundenlohn von 21, 23 $\frac{1}{2}$ hat, dann schreit man von „schweines Lohn“, und Mancher denkt dann, er hat was geschenkt bekommen und bedankt sich für seinen fauer verdienten Lohn. Vor kurzer Zeit ging ein Schlosser von Meister Rawroth mit 8,76 Wochenlohn nach Hause. Wenn die Herren Meister sich nur erinnern möchten, wie es früher bei ihnen war, wie sie noch mitarbeiteten; jetzt aber suchen sie, wie sie die Arbeiter sklavieren und schinden können. Es heißt sogar, wenn die Arbeiter nicht dem Hirsch-Dünder'schen Gewerksverein beitreten, so wird ihnen der Akkord verkürzt. So was sehen sich die Kollegen auch mit an und lassen sich womöglich noch mit der Weitsche über den Rücken haufen. Es gibt hier unter den Arbeitern noch recht viele, die hinlaufen zum Meister um die Andern zu verteideln. Herr Vorarbeiter Vincenz kann es am besten und hat auch schon Manchen aus der Wube gebracht. Er hat aber auch schon selbst das Glück gehabt, hinausgeworfen zu werden. Kollegen! Organisiert Euch und helft uns kämpfen für ein besseres Dasel! Hoch die Organisation!

Hiel. Am 13. Mai fand eine kombinierte Mitgliederversammlung der hier am Orte bestehenden Verwaltungsstellen statt. Die Berichterstattung über den Gewerkschaftskongress konnte nicht stattfinden, da der Delegierte Kraus aus Albed nicht erschienen war. Zum 2. Punkt „Agitation“, wurde beschlossen, in nächster Zeit eine öffentliche Metallarbeiterversammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: In welcher Weise wirken die heutigen Geschäftsjunktur auf die Lage der Metallarbeiter? Beim „Eiltungsfest“ entspann sich eine längere Debatte. Beschlossen wurde, daselbe am 9. August in der „Walbwiese“ zu feiern. Im „Verschiedenen“ wurden von den anwesenden Feilenhauern die Zustände in der Feilenhauer- und Dampf-schleiferei von Jul. Buchholz zur Sprache gebracht. Derselbe sucht beständig tüchtige und tüchtere Feilenhauer bei dauernder Arbeit in der „Metallarbeiter-Zeitung“, trotzdem der Herr genügend Leute hat, welche mit dieser Qualifikation ausgerüstet sind. Die Folge ist dann, daß die „dauernde Arbeit“ in 2—3 Wochen besteht. Zur Zeit sollen sich noch 7 Postkarten in seinem Besitz befinden von Kollegen, welche sich auf die Annonce gemeldet haben. Auch steht die Ankunft von zwei weiteren Kollegen bevor, trotzdem nicht einmal Beschäftigung für die jetzt da in Arbeit stehenden vorhanden ist. Beschlossen wurde, in der „Met.-Arb.-Ztg.“ vor dieser Werkstätte zu warnen und die Ortsverwaltung beauftragt, bei der Redaktion zu beantragen, daß die Annoncen bis auf Weiteres nicht mehr aufgenommen werden.

München. Am 10. Mai fand in Neuhäusern in der Restauration „Promenade“ eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: Wie verbessern wir unsere Lage? Genosse Weisbach entledigte sich seiner Aufgabe in einem 1stünd. Vortrage, in welchem er die trassen Gegenstände in unserer heutigen Gesellschaftsordnung schilderte. Er schloß mit einem Appell an die Anwesenden, sich der Organisation anzuschließen. In der Diskussion schilderten mehrere Redner die miserablen Zustände in der Lokomotivfabrik von Kraus u. Co., H. G., und beklagten sich über die rigorose Behandlung seitens einiger Herren Vorarbeiter und Parteiführer, sowie über die niedrigen Löhne, welche gezahlt werden, die fortwährenden Akkordarbeiten und insbesondere über die vielen Ueberstunden, welche man zu machen gezwungen ist. Die Redner betonten, daß bei Kraus Löhne von 20 bis

höchstens 85 $\frac{1}{2}$ pro Stunde gezahlt werden. Besseren Lohn haben nur vereinzelte Parteiführer. So befinden sich im Monteurfaale und Maschinenbau viele Arbeiter mit 20 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn, in der Kesselschmiede sogar mit 15 $\frac{1}{2}$. Besonders zeichnet sich Herr Duttenhöfer, Vorarbeiter in der Kesselschmiede, aus, welcher, was Lohnbrüder und Behandlung anbelangt, Entsetzliches leistet. Im Laufe der vergangenen Woche entkamen die Kesselschmiede ihren Werkstattdelegierten an die Direktion mit der Bitte, die Löhne pro Mann um 8 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu erhöhen. Herr Direktor Surter, welcher einen Ministergehalt bezieht, hielt es für unbegreiflich, daß die Leute plötzlich eine Lohnaufbesserung verlangten und meinte, er werde niemals eine allgemeine Lohnaufbesserung gewähren. Die Leute wüßten sich nur anständig an Herrn Duttenhöfer wenden, da könnte Einer oder der Andere eine kleine Lohnzulage erhalten. Doch dieser „blöder“ Schwabe äußerte sich, wenn der Betrieb sein würde, würde er diese „Merle“ alle hinaus-schmeißen, denn „Merle“ sind hier, die des Anschauens nicht wert sind. Ein weiterer Redner verlas den Rechenschaftsbericht der H. G. Kraus u. Co. aus dem „H. M.“, aus welchem hervorgeht, daß die Herren Aktionäre trotz des angeblich schlechten Geschäftsganges im Jahre 1895 18 Prozent Dividende eingehemft haben gegen 18 Prozent im Vorjahre. Der Redner verglich mit diesem hohen Gewinne die elenden Löhne der Arbeiter. Es wurde sodann folgende Resolution angenommen: „Die heute am 10. Mai im Restaurant „Promenade“ tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich mit allen gesetzlichen Mitteln und ihrer ganzen Kraft für eine Stärkung der Organisation einzutreten, um durch dieselbe bessere Lebensbedingungen zu erringen.“ — 40 Mann ließen sich in den Deutschen Metallarbeiter-Verein aufnehmen.

Neustadt i. Mecklenb. Da die Mitgliederzahl in Warchim so herabgesunken ist, daß die örtliche Verwaltung sich dort kaum halten konnte und die Zahl der Einzelmitglieder in Neustadt auf 22 gesunken ist, so sahen wir uns genötigt, den Sitz nach Neustadt zu verlegen. Das Reisegeld wird aber nach wie vor in Warchim ansbezahlt. Es kommt hier in Neustadt hauptsächlich die neugegründete Maschinenfabrik in Betracht. In derselben sind wegen Erhöhung der Arbeitszeit Differenzen ausgebrochen. Es haben 18 Mann die Arbeit niedergelegt. Da die Sperre über die Werkstatt verhängt ist, so ist der Zugang strengstens fernzuhalten. Sämtliche Sendungen sind an Karl Haaber, pr. Adv.: Herr N. Naber, Neustadt in Mecklenb., Fremdenverkehr, zu richten.

Queßlinburg. Die Meißler hat hier mal wieder so recht den prohenhaften Charakter einiger Fabrikanten gezeigt. So ist in der Maschinenfabrik Leder ein Dreher entlassen, welcher bereits 6 Jahre in der Fabrik arbeitete, nur weil er das Brechen beging, am 1. Mai einen halben Tag zu feiern. Die „Herren“ haben in den verschiedensten Fällen, z. B. wenn hier Mandörber oder sonst eine Hurrageschichte war, feiern lassen, die Arbeiter wurden nicht erst gefragt, es wurde einfach an die Tafel gesetzt: „Morgen wird nicht gearbeitet.“ Jetzt erlaubt sich ein in der Fabrik 6 Jahre thätiger Arbeiter einmal nach seinem Willen einen halben Tag zu feiern, da liegt am anderen Morgen die Entlassung geschrieben. Und nicht genug, daß er entlassen wird, nein, man sucht auch dafür zu sorgen, daß er wo anders keine Arbeit bekommt. In der Entlassung sind Bemerkungen gemacht, woraus sofort ersichtlich ist, warum derselbe entlassen ist. Trotzdem der Arbeiter nochmals beim Fabrikanten war, trotzdem der Fabrikant vom Hies. Magistratssekretär dazu aufgefordert ist, hat derselbe bis jetzt keine andere Entlassung geschrieben. Wir wollen sehen, wie sich das Gericht dazu stellt. Und dieses ist ein Fabrikant, welcher im Allgemeinen „liberalen“ Ansprüchen huldigen soll. Nun, wir danken bestens für solche liberale Handlungsweise. Das ist der Dank, den ein Arbeiter erntet, wenn er 6 Jahre in einem Raum gearbeitet hat, welcher in sanitärer Beziehung viel zu wünschenswert läßt, wenn er fast Tag und Nacht dem Fabrikanten seine Knochen preisgegeben hat; wie oft müssen die Arbeiter nicht Ueberstunden machen, müssen bis um 10 Uhr an der Drehbank stehen und nun wegen Feierns an einem halben Tag auf der Straße! — Ein anderer Fall betrifft die weit und breit bekannte Metallwaaren-Fabrik Gebr. Arnd. Zunächst: wer „sind“ Arnd? Hier existierte früher ein alter Genbar Arnd, derselbe hatte auch einige Söhne. Die Mutter ist den älteren Leuten auf den umliegenden Dörfern noch sehr gut bekannt als Handelsfrau mit Viehwaaren. Die Söhne waren längere Jahre von zu Hause fort, der eine war in Frankreich, von wo er sich eine Liebste mitgebracht hat, welche er aber nicht

heiratete. Dies nur so nebenbei. Genug, die Söhne hatten etwas gelernt, nämlich Kapital zu schlagen. Sie fingen hier gemeinschaftlich eine Messnererei an und fertigten nur Spezialartikel. Das Geschäft ging gut, so daß wir es heute nicht mehr mit den Söhnen eines alten Genbarman-Wachmeisters zu thun haben, sondern mit den reichen Fabrikanten Gebr. Arnd, welche einige Hundert Leute beschäftigen und augenblicklich ihre Fabrik wieder vergrößern. Für den Militarismus muß der Eine wohl früher nicht geschwärmt haben, indem er wegen Fahnenflucht bestraft ist. Heute sind aber diese Herren hochpatriotisch, die Beilen sind eben veränderlich. Die ganze Einrichtung in der Fabrik ist nach der Stumm'schen Methode. Es werden allerhand „Wohlthätigkeitsanstalten“ gemacht, um in der Offenlichkeit als „arbeiterfreundlich“ zu gelten. Vor allen Dingen darf kein Arbeiter in oder außer der Fabrik anders denken oder handeln wie es die Herren erlauben. Das hat sich am 1. Mai so recht gezeigt. Bei der letzten Reichstagswahl hatten die Herren einen Parteiauftritt mitunterzeichnet, in welchem es unter Anderem hieß: die Sozialdemokratie wolle die Freiheit untergraben. Wie sieht nun die Freiheit in ihrer Fabrik aus? Den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern, daran dürfte schon Niemand denken. Da aber verschiedene Arbeiter, meist Metallbrüder, am Abend gern an unserem Maifestzug Theil nehmen wollten, so freibeten sie sich, um von der Fabrik direkt dahin gehen zu können, etwas sonntagsmäßig an. Am anderen Morgen ging es nun los. Ein Drücker war eine halbe Stunde zu spät gekommen, der wurde entlassen mit der ausdrücklichen Bemerkung: weil er am Feste Theil genommen habe. Jetzt besprachen sich seine Kollegen, was zu machen sei und wurden sich schlüssig, vorfristig zu werden, um die Entlassung rückgängig zu machen. Aber es kam nicht so weit, denn es waren schon wieder Angeber darunter. Am Montag Nachmittag wurden sämtliche Metallbrüder in's Komptoir geholt zu einem Verhör. Wenn nun die Drücker alle rückgratfeste Leute waren, so mußten die Herren unbedingt zu der Ueberzeugung kommen, daß sie kein Recht hatten, den Arbeitern ihre persönliche Freiheit zu nehmen. Leider waren nun einige darunter, welche am liebsten einen Anfall gekonnt hätten, und die Fabrikanten betrachteten sich in Folge dessen als die Herren der Situation. Mehrere Metallbrüder, welche unter der Arnd'schen Freiheit nicht weiter arbeiten wollten, haben ebenfalls aufgehört zu arbeiten. Einigen ist gesagt: Wenn Sie nicht aus dem Verband austreten, müssen Sie aufhören. Es steht also das Koalitionsrecht auf dem Spiele. Da „Arnd“ nun allenthalben Metallbrüder suchen, so bitten wir alle Kollegen dafür zu sorgen, daß der Zug besonders von Metallbrüder nach Queßlinburg ferngehalten wird, und dieses nicht bloß für kurze Zeit, sondern so lange bis die Herren Arnd erklären, daß sie Niemand mehr maßregeln, der dem Verband angehört oder dort verkehrt wo es ihm paßt.

Ravensburg. 10. Mai. In der heutigen Mitgliederversammlung der Metallarbeiter mußte eine Neuwahl vorgenommen werden, indem der keltberige Bevollmächtigte Holstein und der Kassier Otto Schreiber in Folge unglücklich verlaufenen Streiks brotlos wurden. Der Thatbestand dieses Ausstandes ist folgender: Am 2. Mai legten sämtliche 5 Feilenhauer bei G. Weisser die Arbeit nieder, da die zeitgemäße Forderung: 11stündige (bisher 12stündige) Arbeitszeit sowie eine entsprechende Lohnaufbesserung trotz abgewiesener wurde. Daß die Forderung auf Erhöhung der Akkordpreise keine übertriebene war, erhellt schon daraus, daß die Differenz gegen den bisherigen Lohn von durchschnittlich 15 $\frac{1}{2}$ pro Woche höchstens 1,20 pro Woche und Kopf betragen hätte. Um die Sache erklärlicher zu machen, sei hier angeführt, daß Herr Weisser per Pfund Arm-, Sand- und Vorfeilen 5 und 6 $\frac{1}{2}$ bezahlt, für einen Meter Flach-, Drei- oder Vierkantfeilen 40 $\frac{1}{2}$ und für halbrunde und runde 45 $\frac{1}{2}$ per Meter, für flache Schlichtfeilen 60 $\frac{1}{2}$ und für halbrunde Schlicht 65 $\frac{1}{2}$. Nach einer uns zufällig in die Hände gefallenen Fabrikrechnung aber erhält dieser Meister pr. Pfund Arm- und Vorfeilen 20 $\frac{1}{2}$, für 1 Meter Vorfeilen 1,44 und für 1 Meter Schlichtfeilen 2,05. Trotzdem aber konnte es Bekterer fertig bringen, seine Arbeiter, welche schon 8 und 11 Jahre bei ihm beschäftigt sind, auf die Straße zu setzen (trotzdem dieser Meister 4 Häuser besitzt). Daß dieser Kampf aber resultatlos verlief, liegt daran, daß 2 Kollegen, Josef Schreiber und Anton Giese, welche 4 Tage mitstreikten, am 5. Tage wieder zur Arbeit gingen. Beide sind kurz vor dem Streik dem D. M. B. beigetreten. Obwohl nun G. Weisser Feilenhauer im „Schwarzwälder Boten“ ausgesprochen hat, so befinden sich doch nur diese zwei Streikbrecher bei ihm in Arbeit. Der Zug nach hier ist streng fernzuhalten. —

Resultat eines reinen Nechengepells sein. Jedem kann es passieren, daß er für lange Zeit krank wird. Wegen die Folgen will er sich durch die Versicherung schützen. Wird jemand nicht krank — um so besser für ihn selbst. Die Gesunden müssen für die Kranken mit bezahlen, das ist die einzig richtige Grundfrage aller Krankenversicherung. Die Aufrechnung von Leistung und Gegenleistung des Einzelnen ist durchaus falsch. Die Bedürftigsten für ihre unverschuldeten Noth noch durch Entziehung der Klassenhilfe kranken, ist nicht nur hartberzig, sondern ein direkter Bruch des Klassenprinzips.

Nun weiß ich sehr wohl, daß die Leistungen der Klasse nicht unbegrenzt gewährt werden können. Aber diese Grenze muß vernünftigem Ermessen entsprechen. Dem widerspricht es aber, Krankheiten für ungewöhnliche Zeiträume als Fortsetzung zu berechnen, selbst wenn Jahre dazwischen liegen, wo die betreffenden Mitglieder arbeitsfähig waren und keine Unterstützung bezogen haben. Mag man die 2 Jahre vorklären noch für zu kurz halten, so müßen 3 gesetzt werden, obwohl ich der Meinung bin, daß 2 Jahre genügen. Aber jedenfalls muß eine feste Grenze gezogen werden. Auf die Bescheinigung des Vertrauensarztes ist nicht viel zu geben. Oft hat er den Kranken nie vorher gesehen. Sein Urtheil ist in manchen solchen Fällen nicht viel mehr werth als ein Würfelspiel um das Ja oder Nein, Fortsetzung oder nicht. Und viel hängt oft vom Einfluß des Bevollmächtigten ab. Eine aufrichtige Kontrolle ist mehr werth und verlässlicher als solches Urtheil.

Was nun die Mittel zum Reservefonds anlangt, so müßen ich mich geradezu wundern, welche Auslegung D. dem § 26 des Hilfskassengesetzes gibt. Das heißt ja päpstlicher sein als der Papst. Als Mithilfe wird das gesetzliche Zehntel verlangt. Dieses dient zur Ansammlung und Ergänzung des Reservefonds. Für die Ergänzung noch Mittel über das Zehntel hinaus zu fordern, hat die Behörde kein Recht; das Gesetz gibt dazu keine Handhabe. Wird das gefordert, so sollte die Frage unter allen Umständen zur gerichtlichen Entscheidung gebracht werden. Die 45 Prozent mehr, die im verfloßenen Jahre über das Zehntel hinaus erübrigt wurden, sind also in Mithilfe auf die Pflicht der Klasse nicht so unbedeutend, wie D. sie hinstellen möchte. Ich habe damit keineswegs einer Erhöhung der allgemeinen Leistungen das Wort geredet, sondern es nur genommen zur Abwehr, daß den Bedrängtesten das Leben nicht noch mehr zur Hölle gemacht werde.

Wenn D. das als „human klingende Phrase“ zu bezeichnen beliebt, nun — über den Geschmack läßt sich nicht streiten. Ueber einige sonstige kleine rabulistische Stinkerlichkeiten, mit denen D. spielt, um scheinbar Recht zu behalten, will ich mit ihm nicht rechten. Keiner kann aus seiner Haut heraus!

Otto Stolten.

An die Metallarbeiter der Prov. Brandenburg und Pommern.

Da krankheitshalber der Kollege Endrikates aus der Agitationskommission ausgeschieden ist, so sind sämtliche Sendungen an den Kollegen Herrn. Faber, Flotwellstraße 15, zu richten. Geldsendungen sind an den Kollegen Eugen Gahron, Kolbergerstraße 14, zu adressieren.

Die Metallarbeiter Deutschlands machen wir darauf aufmerksam, daß der Vertrauensmann von Berlin, Otto Käther, Sammellisten an mehrere Städte Deutschlands gesandt hat und bemerkt, daß derselbe mit dem Deutschen Metallarbeiterverband nichts zu thun hat.

Die Agitationskommission des D. M. V. für Brandenburg und Pommern.
S. A.: H. Furgas,
Berlin, Reinickendorferstr. 19.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. F. W. Dieß Verlag) ist soeben das 33. Heft des 14. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Heinrich v. Treitschke. — Staatsrecht und politischer Massenstreik. Von Parvus. Einleitung. 1. Der neue Kurs. 2. Die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts. — Neue Strömungen in der polnischen sozialistischen Bewegung in Deutschland und Oesterreich. Von Rosa Luxemburg. (Schluß). — Mary und der wahre Sozialismus. — Feuilleton: Das Ende vom Liede. Eine Geschichte von Konrad Zeitman. (Fortsetzung).

Soeben ist erschienen und für die Massenverbreitung bestimmt: Arbeiter-Katechismus. Eine sozialdemokratische Antwort auf das Preisauschreiben des Pfarrers Weber in M. Gladbach. Von H. Calwer. Preis 10 S. Diese Schrift widerlegt in ein-

facher Darstellung die landläufigsten Vorurtheile und Einwände gegen die Sozialdemokratie und behandelt in verschiedenen Kapiteln dieselben Fragen vom sozialdemokratischen Standpunkt aus, welche der im Sinne des Herrn v. Baum christlich-soziale Pfarrer als Preisausgabe zur Verantwortung gestellt hat: Pflichten des Arbeiters gegen sich, Frau und Kinder, gegen seine eigenen Klassenossen, gegen die Gesellschaft, gegen Neichglou, Vaterland, Kaiser und Reich etc. Um die Verbreitung in den Kreisen zu ermöglichen, die noch völlig indifferent der Arbeiterbewegung gegenüber stehen, ist der Preis auf 10 S festgesetzt; für Vereine und Komitees, welche die Schrift zu Agitationszwecken in größeren Posten beziehen, wird dieser Preis noch wesentlich herabgesetzt.

Briefkasten.

D. Essen. Wir bitten um Angabe Ihrer Adresse, da wir Ihnen bezüglich der eingekommenen Artikel briefliche Mittheilung machen wollen.

Falschener, hier. Nächste Nummer!

Verbands-Anzeigen.

In jeder Versammlung werden neue Mitglieder aufgenommen und können Beiträge bezahlt werden.

Altenburg. Sonnabend, den 23. Mai, Abds. halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung im „Goldenen Löwen“.

Apoide. Sonnabend, 23. Mai, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Vorwärts“. Bericht von der letzten konbinirten Gewerkschaftsversammlung.

Aur. Am 3. Pfingstfeiertag, Vorm. 10 Uhr, Zusammenkunft in der „Nischhalle“.

Augustburg. Samstag, 23. Mai, Mitgliederversammlung mit Vortraa. Referent: Herr Sächler. — Sonntag, 24. Mai, Ausflug (Tagespartie). Das Nähere in der Versammlung.

Bonn. Am 23. Mai, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale, Weiersir. 1. Wahl eines Delegirten zum internat. Gewerkschaftskongreß in London. Besprechung über den Ausflug am 1. Pfingstfeiertag.

Cottbus. Sonnabend, 30. Mai, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Biesl. — Die Destanten werden an ihre Pflichten erinnert. — Adresse des Bevollmächtigten: Karl Wendt, Forner, Göttingerstraße 16; des Kassiers: Theod. Methmann, Forner, Branlgerstr. 8. Alle Sendungen sind an den Bevollmächtigten zu adressieren.

Gera. Sonnabend, 30. Mai, Abends 8 Uhr, Versammlung in Beder's Lokal, Waldstraße. Besprechung der Partie nach Eisenberg. — Destanten werden auf § 3a des Statuts aufmerksam gemacht.

Hannover. (Allg.) Die Versammlung fällt Montag, 25. Mai (2. Pfingstfeiertag) aus. Nächste Versammlung Montag, 8. Juni, Abds. halb 9 Uhr, im kleinen Saale des „Ballhof“.

Harburg. Sonnabend, 30. Mai, Abds. halb 9 Uhr, bei Wwe. Kaiser, Mitglieder-Versammlung. Wahl eines Revisors. Stiftungsfest.

Hof. Samstag, 30. Mai, Mitglieder-Versammlung bei Deeg, Mühlbaum.

Herlohn. Hier existirt keine Zentralherberge. Die Eisenunterstützung wird bei Kollegen Haue, Zigarren- und Buchhandlung, Mühlengang 17, zu jeder Tageszeit ausbezahlt.

Karlruhe-Mühlburg. Samstag, d. 23. Mai, Abds. halb 9 Uhr, in der „Kaiser-Allee“ Mitgliederversammlung.

Gr. Lichterfelde. Den Mitgliedern zur Notiz, daß jeden Sonnabend von 8 bis 10 Uhr und Sonntag Vormittags bei Frn. Wolle Beiträge entgegengenommen werden. — Am ersten Pfingst-Feiertag Frischschoppen im obigen Lokale.

Ludwigoburg. Samstag, 23. Mai, Abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Englischen Garten“. Stiftungsfest. — Jeden Samstag von 8 Uhr ab Zahlabend bei Diet.

München. Samstag, 23. Mai, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gasthaus „Oberoll“, Sendlingerstraße 55.

Kaiserlautern. (Allg.) Samstag, 30. Mai, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Gesellschaftshaus“.

Nürnberg. (Sektion der Flachsen.) Die auf Pfingstamstag fallende Mitgliederversammlung findet acht Tage später statt. Dafür findet am Pfingstsonntag ein Ausflug über Wendelstein nach Feucht statt. Abmarsch Fröh 6 Uhr vom Zentralbahnhof. Treffpunkt in Feucht Nachmittags 3 Uhr im „Nürnberg Hof“.

Ober- und Niederwiesla. Die Mitglieder des D. M. V. werden ersucht, sich

am Sonntag, den 31. Mai, Nachmittags 3 Uhr, bei Kollege Ernst Hofmann, Niederwiesla, einzufinden, damit die Zeitungslospostage geregelt wird.

Regensburg. Da uns das bisherige Versammlungslokal, Gasthaus zum „Edelweiß“, wegen der Waiserversammlung entzogen wurde, findet am Sonntag, 31. Mai, Vorm. 10 Uhr, im Gasthaus zum „Goldenen Ritter“, Nothe Fahnenstraße, Besprechung behufs Regelung der Lokalfrage statt. — Die Wohnung des Bevollmächtigten in Fidealgasse A 87, 11, 1.

Schwemmingen. Samstag, 23. Mai, Mitglieder-Versammlung im Lokal. — Die Mitglieder werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen. — Adresse des Bevollm.: Joh. Deuf, Metallbilder, bei Herrn J. Sächle, Schwemmingen a. N.

Stuttgart. (Sektion der Flachsen.) Samstag, 23. Mai, Abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im „Stsch“.

Villingen. Sonntag, 31. Mai, Vormittags halb 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der Bierbrauerei Ott.

Witten. Samstag, 23. Mai, Abends von 9 bis halb 11 Uhr können Beiträge im Vereinslokal bezahlt werden. — Am ersten Pfingstfeiertag findet ein Ausflug statt. Sammeln um 6 Uhr beim Wirth Weihenfeld oder an Bohmanns Fischbränschen. — Adresse des Bevollmächtigten: Louis Palantini, Kirchhofstr. 75; des Kassiers: Fr. Duthelott, Krummestr. 128. — Die nächste Versammlung findet Sonntag, den 14. Juni, Morgens 9 Uhr, mit Vortrag von Genosse Fr. Scheib aus Dortmund statt.

Öffentl. Versammlungen.

Frankenthal. Samstag, den 23. Mai, Abds. halb 9 Uhr, bei Grischinger öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Der Großbetrieb und seine zerstörende Arbeitsbedingung. Referent: Brattling-Mannheimer. Wahl eines Delegirten zum internationalen Arbeiterkongreß in London. — Es können auch Beiträge entrichtet werden. — Die Mitglieder werden nochmals ersucht, die aus der Bibliothek entnommenen Bücher abzuliefern.

Kaiserlautern. Sonntag, 31. Mai, Abds. halb 9 Uhr, im „Gesellschaftshaus“, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Vortrag. Wahl eines Delegirten zum internationalen Gewerkschaftskongreß in London.

Anzeigen.

Nachrufe.
Am 13. Mai starb unerwartet schnell das Mitglied, der Forner **Christian Eisele** durch einen Unglücksfall im 30. Lebensjahre. Leicht sei ihm die Erde. Verwaltungsstelle Heidenheim.
Am 9. Mai starb nach langem schweren Leiden unser langjähriges Verbandsmitglied, der Eisenbreher **Josef Höfle**, im 36. Lebensjahre an Magenkrebs. Ehre seinem Andenken. Sekl. der Schlosser u. Maschinenbauer **München**.

Der Dreher **Heinrich Güther**, geb. am 13. Oktober 1874, eingetr. am 25. August in Bielefeld, B.-Nr. 21083, wird im Interesse eines Newyorker Genossen ersucht, seine Adresse sofort an **Wilhelm Bitterberg**, Bielefeld, Krimhilderstr. 14, gelangen zu lassen.

Der Forner **Fritz Schmidt**, zuletzt in Gießen, angeblich in Frankfurt bei Fries, wird ersucht, seinen Verpflchtungen dem hiesigen Kassier gegenüber nachzukommen. **Ortöverw. Gießen.**

Der Schlosser **Rahlert**, B.-Nr. 95997, wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen der **Ortöverwaltung Götting** gegenüber nachzukommen. Die Verwaltungen und Kollegen, welchen der Aufenthalt d's. bekannt ist, werden ersucht, ihm dies mitzutheilen.

Ein jüngerer, tüchtiger **Feilenhauer** kann sogleich auf dauernde Arbeit eintreten bei **H. Blochbücher**, Feilenhauermeister, Ala Len (Württemberg).

Einem älteren, tücht. **Feilenhauer** sucht sofort **J. Büchel**, Feilenhauer, Knsba d.

Der Feilenhauer **Theodor Emil Fran** wird hierdurch ersucht, dem Unterzeichneten seinen jetzigen Aufenthaltsort mitzutheilen. Diejenigen Kollegen, welche dessen Adresse wissen, bitte ich, mir dieselbe zuzulassen zu lassen.

Ch. Werner, Stuttgart, Redactr. 180,1.

2-3 tüchtige **Maschinenschlosser**, erfahren im **Dampfmaschinenbau**, für dauernde Beschäftigung zum baldigen Eintritt gesucht.
Baldwin Bestlein, S.-Altenburg.

Ein **Feilenhauer**, der auch schleifen kann, findet dauernde Beschäftigung bei gutem Lohn.
Feilenhauermeister **Willer**, Erfurt i. B.

Ein tüchtiger und ein angelernter **Feilenhauer** finden sofort dauernde und angenehme Stellung bei **Max Haubold**, Biedenlopf (Wiesbaden).

Mein **Feilenhauergeschäft**, nachweislich rentabel, ist unter sehr annehmbaren Bedingungen wegen Krankheit des Besitzers zu verkaufen.
J. Wild, Feilenhauermeister, Schweibitz (Schlesien).

Schlosser auf Glitter gelübt, sucht die Kunst- und Bauschlosserei von **A. Blumengraber**, Lindenfeld i. B.

3-4 tüchtige **Formen** per sofort gesucht
Maschinenfabrik und Eisengießerei **Worms**, **Baibel & Sieber**, Worms a. Rh.

Nürnberg.
H. Sebald's Wirthschaft, Maxfeldstraße 79, am Haupteingang links.
Zur **Tausend-Ausstellung** erlaube ich mir, allen Genossen mein Lokal in empfehlende Erinnerung zu bringen.
Konrad Sebald.

Wirtschaft
Fentzerplatz 31,
5 Minuten vom Ausstellungsplatz.
Zu jeder Tageszeit **warme Speisen**,
95er Weißwein vom Faß, schnelle Bedienung.
Angenehmer Aufenthalt für Genossen.
Carl Härtel.

Stomke's Städtebuch
für reisende Arbeiter, Handwerker u. Künstler, mit farbiger Eisenbahn- u. Wegkarte von Deutschland u. angrenz. Ländern, 356 Seiten Text in Velin geb. Preis M 1,60. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen od. gegen Einzahlung von M 1,80 auch in Briefmarken.
G. Stomke's Verlag, Bielefeld.

Fachschriften für Metallarbeiter.
Franco-Zusendung bei Einzahlung des Betrages. Bitte Katalog zu verlangen.
Joh. Sassenbach, Bücher-Verband und Verlag, Berlin 4.

Fahnen
Schärpen, Bänder, Schleifen, Vereinsabzeichen etc. für **Arbeiter-, Sängerver-, Turner-, Schützen-Vereine** u. s. w. von billigster bis zu feinsten Qualität in acht Gold und machbarster Seide, nur Handarbeit in künstlerischer Ausführung empfiehlt die Fahnenstickerei von **Frau M. Grillenberger, Nürnberg**, Waijenstraße 12. Beste Referenzen seit zehnjähriger Thätigkeit von zahlreichen befreundeten Vereinen in den versch. Theilen Deutschlands. Preis couvant gratis und franco.

Reise-Handbuch für wandernde Arbeiter.
Mit 3 Karten, geb. Mark 1,50. Durch **J. Schorm**, Nürnberg u. alle Buchhandl.